

Bremen, Oktober 1919.

Nº 26.**Verhandlungen der Nationalversammlung**

Sitzung vom 24. Oktober 1919.

Entschuldigt fehlten:

Bensmann, Hermann
 Böhmert, Wilh., Dr.
 Borsch, Ludwig
 Hagemeyer, J. F.
 Hasselbach, Caroline
 Henke, Alfred

Hoskamp, Georg
 Kirchmeyer, Conrad
 Künzler, R., Dr. jur.
 Leymann, Wilhelm
 Matthias, Werner
 Meenzen, Johann

Meier, Herm.
 Meier, Hermann
 Schlüter, Ludwig
 Schönsfeld, Kurt

Schurig, Gottfried
 Stallmann, Louis
 Binnen, Adolf
 Wenhold, Hermann

Unentschuldigt fehlte:

Schad, Heinrich

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
I. Kleine Anfrage, betr. den Ankauf von Handgranaten usw. durch Unbefugte		1063	IV. Fünfter Bericht der Kommission, betr. Beamtengehälter, Teuerungszulagen, Amtsbezeichnungen usw. (Ber. Nr. 9)		1087
II. Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 1919:			V. Wahl der Verkehrsdeputation (14 Mitglieder)		1072
6. Erweiterung der Kühlhausanlage in Bremerhaven		1064	VI. Antrag, betr. die Arbeiten der Verfassungsdeputation		1087
1. Erhöhung von Mieteinnahmen und Bereitstellung von Mitteln für Instandsetzung an Gebäuden		1065	VII. Antrag, betr. das Jagdrecht. (N. z. B. g.)		
2. Verhütung von Arbeitslosigkeit in größerem Umfange im Straßenbaugewerbe		1066	VIII. Antrag, betr. Teuerungszulagen für pensionierte Beamte usw.		1072
3. Austausch von Grundstücken an der Lloydstraße und Tritonstraße		1070	IX. Antrag, betr. die Unterbringung von Teilen der Polizeisicherheitsgruppe im Reservelazarett II. (N. z. B. g.)		1074
4. Aenderung des Gesetzes, betr. die Generalvormundschaft in der Stadt Bremen und im Landgebiet, vom 21. Dezember 1912		1070	X. Antrag, betr. den Straßenbahnerstreik		
5. Budget für das Rechnungsjahr 1919		1070	XI. Anträge, die bei der Budgetberatung zurückgestellt worden sind. (N. z. B. g.)		
III. Mitteilung des Senats vom 14. Oktober 1919:			XII. Antrag, betr. Aenderung des preussisch-bremischen Staatsvertrages vom 21. Mai 1904. (N. z. B. g.)		
26. Verkauf des Staatsgrundstücks neben Gastebter Heerstraße Nr. 172 (Kat.-Bez. Vorstadt R 73, Nr. 716 und 717 A a/b)		1071	XIII. Antrag auf Abänderung des Gesetzes, betr. die Enteignung von Grundeigentum. (N. z. B. g.)		
27. Verkauf von Staatsgrundstücken an der Claudiusstraße		1071	XIV. Antrag auf Schaffung eines Gesetzes zur Sozialisierung der Grundrente. (N. z. B. g.)		
28. Wiederherstellung der Kanaleigenschaft im Haushaltsplan Nr. 112, Friedhöfe, für 1919		1071			

Präsident R. Dunkel.

Eröffnung der Sitzung 4 Uhr.

Präsident: Gegen das Protokoll der vorigen Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Herr Ernst Otto teilt mit, daß, wenn die Meldung eingegangen sei, daß er einen Sitz in der Nationalversammlung annehme, dies auf Fälschung beruhen müsse. Er lehne einen Sitz in der Nationalversammlung ab.

Herr Hercksen erklärt wegen Ueberlastung in seiner Geschäftstätigkeit seinen Austritt aus der Nationalversammlung.

Der Präsident des Senats teilt mit, daß der Senat für die Verhandlungen der Nationalversammlung über die kleine Anfrage von Herrn Faust wegen des unbefugten Ankaufs von Waffen Herrn Bürgermeister Deichmann,

über die Verhandlung der Nationalversammlung über die Errichtung eines Wohlfahrtsamtes die Herren Bürgermeister Hildebrand und Senator Rhein und im Falle der Verhinderung der Genannten Herrn Senator Stögen zu seinen Kommissaren bestellt hat.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 17. Oktober:

1. Antrag, betreffend Beihilfe für Wöchnerinnen,
2. Nachbewilligung für das Staatsarchiv,
3. Ankauf des Grundstücks Albutenstraße Nr. 3/3a.

vom 21. Oktober:

1. Erster Bericht der Sozialisierungskommission und Antrag, betreffend Weiterführung der Straßenbahn nach Huchting,
2. Antrag, betreffend Verpachtung von Staatsländereien,
3. Antrag, betreffend Luftfahrwerke,
4. Antrag, betreffend Monatsberichte des Statistischen Amtes,
5. Antrag, betreffend Fähre nach Woltmershausen,
6. Antrag, betreffend Verordnung, betreffend das Ausschänken von Branntwein usw.,
7. Ankauf des Grundstücks Nordstraße Nr. 300 („Volksheim“),
8. Rechnungsabluß des Schlachthofs.

und vom 24. Oktober:

Antrag, betreffend Jugendamt.

Die Behörde für das Jugendamt hat zu dem in der Ueberschrift bezeichneten Antrag der Nationalversammlung vom 17. Oktober d. J. den nachstehenden Bericht eingereicht, den der Senat der Nationalversammlung mit dem Ersuchen zugehen läßt, von ihrem Beschluß vom 17. Oktober d. J. zurückzutreten.

In die Finanzdeputation tritt ein für Herrn H. S. Meyer Herr Degenhardt, in die Baukommission für Herrn H. S. Meyer Herr Brauns.

Der Bürgerverein für die Vorstadt Woltmershausen bittet in einer Eingabe um Beibehaltung der Unentgeltlichkeit und Wiedereinrichtung viertelstündlicher Fahrten bei der Dampferfähre in Woltmershausen.

Die Grambler Kleingärtner, vertreten durch Herrn Heinr. Garbers, bitten, den Antrag „Erdsegen“ abzulehnen.

22 Anwohner vom Werderufer bitten um Verlegung des Steinlagerplatzes an die Peripherie der Stadt im Süden wegen der Schädigungen der Häuser, die durch die von den Lastautos verursachten Erschütterungen des Bodens hervorgerufen werden.

Der Bund deutscher Architekten Bezirksamt Hannover bittet, indem er von der Neubildung des Einheitsverbandes des Bundes deutscher Architekten und der Begründung des Bezirks B. D. A. Hannover sowie von der getroffenen Einrichtung Kenntnis gibt, sich in allen vorkommenden Fällen an den Bezirksrat B. D. A. oder an den Obmann für Bremen, Herrn Privatarchitekten Wilh. Heinr. Behrens zu wenden, oder sich des Spruchamts zu bedienen.

Der Gemeindevorstand von Oslebshausen, vertreten durch den Gemeindevorsteher Bosse und den Protokollführer Peters bittet, 1. daß die Umsteigestelle Gröpelingen der Straßenbahn aufgehoben wird und die entsprechenden Straßenbahnzüge vom Markt direkt bis Burg Endstation durchfahren, 2. daß mehr Wagen (Doppelzüge und Anhänger) entsprechend dem Verkehr auf der Strecke Markt-Burg eingestellt werden und die letzten Anhänger später verkehren wie bisher.

Zu dem Antrage Sommer wegen der Straßenbahn ist folgender Antrag Fauth-Wenhold eingegangen:

Die Nationalversammlung erklärt sich grundsätzlich mit der Erhöhung des Fahrpreises bei der Bremer Straßenbahn von 15 $\mathcal{M}$ auf 20 $\mathcal{M}$ einverstanden unter Erweiterung der Rechte des Bremischen Staates gegenüber der Bremer Straßenbahn. Sie beauftragt die Verkehrsdeputation in Verbindung mit der Aufsichtsbehörde für die Bremer Straßenbahn, mit der Direktion der Bremer Straßenbahn die für die Erteilung der Genehmigung erforderlichen Verhandlungen zu führen.

In die Kommission für das Wohlfahrtsamt tritt an die Stelle des Herrn Klemann Herr Christians, an Stelle des Herrn Hedler Herr Hüneke, in die Kommission für Verdingungsarbeiten an die Stelle von Herrn Wiedmann Herr Borgmann, in die Schuldeputation an Stelle des Herrn de Beel Herr Mannier.

Nr. I der Tagesordnung:

Kleine Anfrage, betr. den Ankauf von Handgranaten usw. durch Unbefugte.

In der Sitzung vom 10. Oktober hat Herr Bürgermeister Deichmann zur Begründung der Notwendigkeit der Sicherheitspolizei unter anderem ausgeführt, daß Ankäufe von Waffen, insbesondere von Handgranaten, von Unbefugten vorgenommen würden. Ist der Senat in der Lage, die Namen der Käufer und Verkäufer oder Vermittler bekannt zu geben und mitzuteilen, mit welchen Strafen die Betreffenden belegt wurden?

Senatskommissar Bürgermeister Deichmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die vorliegende kleine Anfrage kann ich ohne weiteres keine Antwort geben. (Hört! Hört! links.) In der Anfrage sind Behauptungen aufgestellt, die mit der Wahrheit im Widerspruch stehen. (Ruf von links: Na! Na!) Ich soll nach der Anfrage gesagt haben, daß Ankäufe von Waffen, insbesondere von Handgranaten, von Unbefugten vorgenommen würden. Meine Damen und Herren! Diese Ausführungen habe ich in meiner Rede nicht gemacht. (Hört! Hört! Ruf von links: Geheimprotokoll!) Ich habe mir einen Auszug aus dem stenographischen Protokoll geben lassen und darnach hier folgendes gesagt — ich bitte um die Genehmigung des Herrn Präsidenten, es verlesen zu dürfen. (Präsident: Bitte sehr!)

„Es wird uns nachgesagt, daß wir mit dieser Einrichtung die oppositionellen Personen und Kreise knebeln wollen. Davon kann meines Erachtens keine Rede sein und ich glaube, niemand wird im Hause sein, der zu einer solchen Handhabe seine Zustimmung geben würde. Wir verfolgen nicht das Ziel, oppositionelle politische Personen und Kreise zu knebeln, sondern diese Einrichtung wollen wir aufziehen zu dem Zwecke, Schutz zu schaffen gegen solche Personengruppen, die mit der Handgranate Politik getrieben wissen wollen. (Lärm bei den U. S. Anhaltende Zwischenrufe.) Daß dieser Schutz notwendig ist, erhellt schon aus dem Umstande, daß man neuerdings ja noch ernstlich versuchte, in den Besitz von Handgranaten zu kommen. Ich würde davon gar nichts gesagt haben, aber angesichts des Artikels, der in der Arbeiter-Zeitung gestern erschienen ist, muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß es eine dringende Notwendigkeit ist, sehr bald zu einem gesicherten Schutze zu kommen. (Zuruf Heuer: Daß Ihr so schnell wie möglich zum Tempel rausfliegt!) Bis in die jüngste Zeit hat man die krampfhaftesten Versuche gemacht, in den Besitz von Handgranaten zu kommen, nicht allein in einem Orte. Unter Anwendung von erheblichen Bestechungsgeldern haben Herren von Bremen aus an einem Orte in unserer Nähe den

Versuch gemacht, große Mengen von Handgranaten zu bekommen.“ (Hört! Hört!)

Das sind meine Ausführungen gewesen. Sie stehen im strikten Widerspruch zu dem, was ich nach der kleinen Anfrage gesagt haben soll. (Sehr richtig!) Angesichts dieser Tatsache muß ich erklären, daß der Senat nicht in der Lage ist, die Namen der Käufer oder Verkäufer oder Vermittler bekanntzugeben und mitzuteilen, mit welchen Strafen die Betreffenden belegt wurden. (Zuruf von links: Schwindler! Unruhe.)

Präsident: Wer hat Schwindler gerufen?

Schulze (U. S.): Ich!

Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung!

Herr Faust, haben Sie noch eine Ergänzungsfrage zu stellen?

Faust (U. S.): Jawohl!

Der Herr Senatskommissar hat sein Stenogramm verlesen, daß in keiner Weise angezweifelt werden soll, und darnach gesagt, es sei versucht worden, Handgranaten usw. zu kaufen, während in der kleinen Anfrage steht, daß Ankäufe von Waffen, insbesondere von Handgranaten, von Unbefugten vorgenommen würden. Dieser Ausdruck „würden“ ist ebenso konditional wie der Ausdruck „es sei versucht worden“ — — —

Präsident: Ich bitte, keine Ausführungen zu machen, das kann ich nicht zulassen. Sie können nur Anfragen stellen.

Faust: Ich möchte deshalb die Anfrage an den Herrn Senatskommissar richten, ob er in der Lage ist, die Namen derjenigen Personen zu nennen, die versucht haben, Handgranaten bzw. Waffen zu kaufen oder zu verkaufen. Außerdem möchte ich den Herrn Senatskommissar fragen, ob er seine Nachforschungen auch nach der Richtung ausgedehnt hat, ob nicht etwa seitens befugter Träger von Waffen, also von Soldaten, Versuche gemacht wurden, entweder zwecks Bereicherung militärisches Eigentum zu verkaufen, oder Waffen anzubieten, um die Käufer in eine Falle zu locken. Ich möchte den Herrn Senatskommissar fragen, ob ihm vielleicht die Tätigkeit der bekannten Personalabteilung I C auch in dieser Hinsicht bekannt ist und ob er vielleicht Auskunft darüber geben kann, in welchem Zusammenhang diese Abteilung mit der Berichterstattung über Waffenankäufe steht — — —

Präsident: Ich kann die letzte Frage nicht zulassen. Jedenfalls muß ich es dem Herrn Senatskommissar überlassen, ob er die Anfrage beantworten will oder nicht, da sie in keinem Zusammenhang zur vorliegenden kleinen Anfrage steht.

Faust: Ich möchte ferner anfragen, ob dem Herrn Senatskommissar offiziell bekannt ist, wie diese Abteilung I C finanziert wird?

Präsident: Herr Faust, diese Frage kann ich nicht zulassen.

Faust: Ich frage weiter den Herrn Senatskommissar, ob er uns Auskunft darüber geben kann, ob der Bürgerschaft der Spitzelabteilung I C Zuschüsse gewährt?

Präsident: Herr Faust, diese Frage kann ich nicht zulassen.

Faust: Ich frage den Herrn Senatskommissar weiter, ob er unterrichtet ist, daß trotz der Aufhebung des Belagerungszustandes die telephonische Bespitzelung noch vor sich geht.

Präsident: Ich lasse diese Anfrage weiter nicht zu. Ich bitte, sich auf den Gegenstand zu beschränken.

Faust: Nach der Aussage des Senatskommissars ist es also offenkundig, daß Versuche gemacht worden sind, Waffen zu verkaufen oder zu erwerben. Diese Personen wenigstens muß der Senat in der Lage sein zu nennen. Wenn Herr Deichmann eine solche Behauptung aufstellt, so müssen auch ihm die Leute bekannt sein, die Versuche gemacht haben, Waffen zu handeln. Ich frage jetzt nach diesen Namen. Wird diese Frage verneint — — —

Präsident: Ich bitte, das haben Sie nicht auszuführen.

Faust: Eine Hauptsache bei dieser Frage ist, ob die Käufer oder Verkäufer von Waffen von der Kriminalpolizei, beziehungsweise vom Staatsanwalt belangt worden sind, so daß darüber Aktenmaterial vorliegt. Ich frage, ob der Senatskommissar in der Lage ist, aus diesem Material Authentisches bekannt zu geben.

Präsident: Herr Senatskommissar, ich mache Sie darauf aufmerksam, Sie brauchen nicht die Fragen zu beantworten, die ich bereits zurückgewiesen habe. Ich überlasse es Ihnen.

Senatskommissar Bürgermeister Deichmann: Diese ganze Reihe von Anfragen, die Herr Faust aufgestellt hat, haben meiner Ansicht nach mit der auf der Tagesordnung stehenden kleinen Anfrage nichts zu tun. Ich lehne daher die Beantwortung dieser Fragen ab. (Zurufe von den U. S.) Im übrigen darf ich hinzufügen, wenn diese Fragen auf der Tagesordnung stehen, ich dann eine Antwort erteilen werde, denn nichts kann uns angenehmer sein, als daß die gesamten Einwohner Bremens erfahren, in

welcher Weise man vorgeht und wie notwendig es war, die Sicherheitsstruppen zu bewilligen.

Präsident: Ich darf annehmen, daß Punkt I der Tagesordnung damit erledigt ist.

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 1919:

6. Erweiterung der Kühlhausanlage in Bremerhaven.

Senatskommissar Senator Dr. Apelt.

Hormann (D.): Die Budgetkommission hat sich mit der Angelegenheit befaßt und empfiehlt die Annahme der Vorlage. Die Summe erscheint außerordentlich hoch. 1 200 000 M ist das sechsfache des Betrages, was die erste Anlage gekostet hat. Aber die Kosten müssen noch, verglichen mit denen einer völlig neuen Anlage, als mäßig bezeichnet werden. Und da rasch gearbeitet werden muß, bitten wir, stimmen Sie dem Antrage zu.

Für die Juristische Kommission Hobelmann: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

May: Die Baukommission hat sich mit der Vorlage befaßt und nichts zu bemängeln gehabt. Wir werden der Vorlage zustimmen.

Wahnischaffe (M.-S.): Der Bericht ist in außerordentlich klarer Weise gehalten, so daß einem jeden der ihn liest, klar werden muß, daß die Anlage eine unbedingte Notwendigkeit ist. Wir sind, wie die Vorlage sagt, auf Jahre hinaus auf die Zufuhr von ausländischem Fleisch angewiesen und haben in Bremerhaven den einzigen deutschen Seehafen, der eine Kühlanlage unmittelbar an der Kaje gelegen besitzt. Wir haben ein Interesse daran, uns diese Anlage auch für weitere Zeiten zu sichern. Man hätte auf einen Neubau zurückgreifen können, aber die Herstellung solcher Anlage würde eine Zeit von 1½ — 2 Jahren in Anspruch nehmen, und während der Zeit können wir diese Anlage nicht entbehren. Die Kosten sind, wie Herr Hormann schon sagte, sehr hoch. Die heutigen Zustände bedingen leider einen Aufwand von der fünffachen gegen früher. Man hat auch in der Deputation für Häfen und Eisenbahnen erwogen, ob es nicht zweckmäßig sei, den Betrieb in staatliche Regie zu übernehmen. Es stehen dem zweierlei im Wege. Erstens der mit der Kühlhaus-Gesellschaft bestehende Vertrag, der bis 1923 läuft und den zu durchbrechen wir nicht in der Lage sind. Andererseits die Frage, ob die Anlage, wenn sie in staatliche Regie genommen wird, sich rentieren würde. Das mit dieser Frage verbundene Risiko glaubt die Deputation nicht übernehmen zu können. Wie aus der Vorlage hervorgeht,

hat sich die Anlage in den beiden ersten Jahren ihres Bestehens nicht rentiert, ebenso im letzten Betriebsjahre nicht. Die Gesellschaft hat von sieben Jahren drei Jahre gehabt, wo sie mit einem Defizit gearbeitet hat. Es kommt jetzt noch hinzu, daß unsere Zufuhren abhängig sind von der Zustimmung unserer Konkurrenzländer. Wir müssen damit rechnen, daß eines Tages die Zufuhren aufhören oder unregelmäßig werden. Bei dieser Möglichkeit läuft die Gesellschaft ein großes Risiko. Wenn uns nun eine Gesellschaft die sich daraus ergebende Verantwortung abnimmt, sollte der Staat sich nicht bedenken, dieses Anerbieten anzunehmen. Die in der Vorlage vorgesehene Verzinsung erscheint angemessen, weil die Rentabilität nicht gewährleistet wird. Die Deputation glaubt daher, daß eine Verzinsung von 6 v. H., wovon 2 v. H. als Tilgung der Schuld gelten sollen, das gegebene ist. In dem Vertrage wird in § 2 bestimmt, daß nach Ablauf des bestehenden Vertrages die Firma das Recht haben soll, den Vertrag auf weitere 20 Jahre zu verlängern. Es ist mir gesagt, daß, wenn dieses Recht nur einseitig zu verstehen sei, die Firma diese Verlängerung verlangen könne, ohne daß es der Zustimmung des Staates bedürfe. Ich muß sagen, daß meines Erachtens diese Verlängerung selbstverständlich nur mit beiderseitigem Einvernehmen geschehen kann. In diesem Sinne ist der § 2 auch nur aufzufassen. Nach der Begründung der Vorlage möchte ich bitten, ihr zuzustimmen.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

1. Erhöhung von Mieteinnahmen und Bereitstellung von Mitteln für Instandsetzung an Gebäuden.

Caspar (U. S.): Der Auslegung des Berichtes könnten wir unsererseits skeptisch gegenüberstehen, weil auf Seite 486 ausgeführt ist — — —

Präsident: Ich muß Sie bitten, etwas lauter zu sprechen, Sie sind hier nicht zu verstehen.

Caspar: Auf Seite 486 steht: „Nachdem fast allgemein die Mieten der Privathauseigentümer gesteigert sind und sich die Mieter durch die Zeitverhältnisse an höhere Mietpreise gewöhnt haben, ist es unter allen Umständen gerechtfertigt und nach Ansicht der Deputation leicht durchführbar, die Miete für die vom Staate vermieteten Häuser zu erhöhen.“ Dieser Ausführung könnten wir skeptisch gegenüberstehen. Wir haben uns beim Rechnungsführer der öffentlichen Grundstücke erkundigt und erfahren, daß dieses eine Auslegung ist, die nicht den Tatsachen entspricht. Ich möchte bemerken, daß wir der Vorlage zustimmen werden, wenn bei den Mieterhöhungen die Leistungsfähigkeit der Mieter berücksichtigt wird. Also unter dieser Voraussetzung, wenn wir dieses aus den heutigen Ausführungen erfahren,

werden wir zustimmen, sonst müssen wir die Vorlage ablehnen.

Diekmann (M. S.): Auch ich muß sagen, daß dieser Bericht etwas unglücklich abgefaßt ist, nichtsdestoweniger möchten wir bitten, dem Antrage der Deputation zuzustimmen. Denn schon aus Gerechtigkeitsgründen müssen wir diesem Antrage zustimmen. Es kann nicht angehen, daß heute ein Arbeiter für eine Notwohnung einen Mietpreis von 300 M. für eine Baracke bezahlt, während besser situierte Leute auf Grund eines Mietvertrages, den sie vor 20—30 Jahren abgeschlossen haben, Häuser bewohnen für 120 M. Aus diesen Gerechtigkeitsgründen heraus möchte ich bitten, den Antrag anzunehmen. Denn schon vor dem Kriege waren diese Mietpreise nicht mehr zeitgemäß.

Was die 50 000 M. anbetrifft, so muß unbedingt etwas geschehen, es muß für eine Renovierung der Häuser gesorgt werden. Denn die Anträge daraufhin haben sich bei der Inspektion sehr stark angehäuft, und es sind die Mieter schon jahrelang in der letzten Kriegszeit vertröstet worden, sie möchten so lange warten, bis der Krieg zu Ende sei, dann würde die Instandsetzung der Wohnung vorgenommen werden. Nun liegt es im Staatsinteresse, daß an eine Instandsetzung herangegangen werden muß. Es ist natürlich selbstverständlich, daß man die kleinen Mieter berücksichtigen muß, und das haben wir auch in der Deputation ins Auge gefaßt. Ich möchte bitten, die Vorlage so anzunehmen.

Hormann (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Budgetkommission stimmt der Vorlage gleichfalls zu. Sie hat allerdings Bedenken wegen der Steigerung der Mietpreise, aber sie hat sich doch sagen müssen, daß auf die Dauer eine Steigerung der Mietpreise nicht zu vermeiden ist, da die Herstellungskosten für neue Wohnungen infolge der Steigerung der Materialpreise und der Arbeitslöhne auf das Doppelte und Dreifache gestiegen sind. Es dürfte aber vielleicht an der Zeit sein, die Frage zu erörtern, ob und wie man unbilligen Mietssteigerungen bei älteren Wohnungen entgegenzutreten kann. Die Frage ist kürzlich in Berlin bereits erörtert worden, und man hat darüber beraten, ob nicht die übermäßigen Mietssteigerungen steuerlich zu erfassen sind. Eine gewisse Mietssteigerung auch für die alten Wohnungen muß ja den Eigentümern zugestanden werden infolge der größeren Unterhaltungskosten bei den alten Wohnungen, aber darüber hinaus muß einer unnötigen Mietssteigerung vorgebeugt werden. Werden solche Steigerungen dennoch vorgenommen, so muß das für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Es muß also geprüft werden, ob nicht derartige übertriebene Mietssteigerungen zum Teil für den Staat nutzbar gemacht werden können. Ich hoffe,

daß wir auf diesem Wege weiterkommen und daß die Besprechungen zu gesetzgeberischen Maßnahmen führen werden. Im übrigen stimmen wir zu.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Lauts (D.) Schlußwort: Die Deputation hat schon seit längerer Zeit ernstlich die Frage der Erhöhung der Mietpreise erwogen, hat dagegen aber große Bedenken gehabt, weil sie sich sagte, daß, wenn der Staat zu einer Erhöhung der Mietpreise schreitet, es das Signal zu einer allgemeinen Mietssteigerung sein werde. Wir sind hinsichtlich unserer Mieten bedeutend im Rückstande gegen die Mieten, die von Privaten erhoben werden, und eine Erhöhung der Mieten läßt sich nun auch unsererseits nicht umgehen, da die Ausgaben für Reparaturen und Instandsetzung der Gebäude und Wohnungen bedeutend angewachsen sind und weiter anwachsen werden, denn auch in den Kriegsjahren haben die Ausgaben dafür naturgemäß reduziert werden müssen und müssen nun nachgeholt werden. Ich will einige Zahlen nennen. In den Jahren von 1910 bis 1913 haben wir für Reparaturen 170 300 M aufwenden müssen, in den Jahren 1914 bis 1917 sind nur 98 200 M verausgabt. Das ergibt also eine Ersparnis von rund 72 000 M. Diese Summe ist aber nicht als eine dauernde Ersparnis anzusehen, da die Ausgaben zur Instandhaltung der vermieteten Wohnungen in den nächsten Jahren gerade aus dem Grunde weiter anwachsen werden, weil in den letzten Jahren manche an und für sich notwendige Ausgabe nicht hat gemacht werden können. Es rechtfertigt sich darum durchaus, auf das Budget der Deputation 50 000 M nachzubewilligen und dementsprechend eine Erhöhung der Mieten für die einzelnen Wohnungen vorzunehmen. Herrn Caspar kann ich zur Beruhigung dabei mitteilen, daß nicht die Absicht besteht, eine übermäßige Erhöhung der Mietpreise vorzunehmen, und insbesondere soll dabei auch die Frage der Bedürftigkeit geprüft werden. Sie können sich also vollständig beruhigen, daß in Ihrem Sinne verfahren werden wird.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

2. Verhütung von Arbeitslosigkeit in größerem Umfange im Straßenbaugewerbe.

Hormann (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Budgetkommission hat manches zu monieren.

Punkt 1. Der Baudeputation, Abteilung Straßenbau, sind zur Behebung der Arbeitslosigkeit von der Kriegsdeputation 250 000 M zur Verfügung gestellt worden. Dieser Betrag ist um 225 000 M überschritten worden, und es wird beantragt, diesen Betrag von 225 000 M auf den Fonds „Krieg“ nachzubewilligen.

Einen solchen Fonds haben wir nicht, (Sehr richtig!) sondern einen Fonds der Deputation wegen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges. Der Betrag muß also auf das Separatbudget der außerordentlichen Verwendungen bewilligt werden. Es wäre also zu wünschen, daß die Deputation ihre Berichte sorgfältiger abfasse. Auch wäre zu wünschen, daß die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, ihre Anträge rechtzeitig stellt, damit keine Nachbewilligungen erforderlich werden. Gegen die Nachbewilligung selbst sind sonst Erinnerungen nicht zu erheben.

Unter 2 werden 250 000 M für Straßenbauamt I und 200 000 M für Straßenbauamt II beantragt, und es wird darauf hingewiesen, daß davon vom Demobilisierungsauschuß 100 000 M für das Straßenbauamt I und 80 000 M für das Straßenbauamt II übernommen werden. Es ist notwendig, Klarheit darüber zu schaffen, daß von diesen 100 000 und 80 000 M der Bremer Staat die Hälfte aufzubringen hat. Nach dem Bericht zu 1 sind die 225 000 M bereits ausgegeben worden, und nach der Bemerkung unter 2 sollen die Beträge zu 1 und 2 miteinander übertragbar sein. Es soll unter 1 die Ueberschreitung nachträglich genehmigt und nach 2 noch eine Summe genehmigt werden zur Deckung der Beträge unter 1. Was soll das heißen? Der Bericht ist völlig unklar nach jeder Richtung. Ist unter 1 noch mehr als 225 000 M ausgegeben? Wir müssen darum bitten, daß die Berichte in Zukunft klarer gehalten werden.

Das Tollste ist aber, was uns Punkt 3 zumutet. Es wird verlangt, daß die Nationalversammlung auf ihr Budgetrecht glatt verzichten soll. Es heißt da:

„Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, ersucht ferner um die Ermächtigung, einzelne bewilligte Arbeiten, deren früher veranschlagte Mittel nicht ausreichten, trotzdem zur Ausführung zu bringen und die Mehrkosten zu decken aus solchen früheren Bewilligungen, deren Ausführung nach Ansicht der Baudeputation, Abteilung Straßenbau, weniger dringlich, oder in einfacher Weise möglich ist.“

Wir können es unmöglich der Behörde überlassen, darüber zu entscheiden, was von den bewilligten Arbeiten auszuführen und was zurückzustellen ist. Wir können uns unmöglich gefallen lassen, daß der Nationalversammlung das Budgetrecht genommen wird. Wir wünschen nicht, in solcher Weise beiseite geschoben zu werden. Die Budgetkommission will gegen die Bewilligung der Summen unter 1 und 2 keine Einwendungen erheben, bittet aber sehr, den Antrag unter 3 abzulehnen.

Präsident: Ich verstehe es so, daß die Budgetkommission auch die Uebertragbarkeit der Beträge zu 1 und 2 ablehnt.

Hormann: Ich verstehe nicht, wie die Beträge übertragbar gemacht werden können, will aber keinen Widerspruch dagegen erheben.

Lampe (L-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Ausführungen des Herrn Hormann möchte ich noch einige Worte hinzufügen. Der Antrag wird damit begründet, daß Beschäftigung gefunden werden soll für die Straßenarbeiter für diesen Sommer und Herbst. Danach ist anzunehmen, daß dieser Bericht mindestens Anfang Sommer erstattet ist. Die Deputation schreibt, daß die Mittel nicht ausreichen, um den Arbeitern Beschäftigung zu geben. Da, wie gesagt, der Bericht schon mindestens Anfang Sommer geschrieben ist, so ist anzunehmen, daß von den Mitteln, die jetzt beantragt werden, bereits ein großer Teil ausgegeben ist. Es wäre doch Pflicht der Deputation gewesen, die Vorlage rechtzeitig an die Nationalversammlung zu bringen, zumal der Bericht mit den Worten schließt: „Um baldige Beschlußfassung über die Anträge wird gebeten, weil es schon jetzt schwer ist, genügend Beschäftigung zu finden.“ Wenn das Anfang Sommer bereits beantragt worden ist und die Vorlage erst vom 10. Oktober datiert ist, so scheint der betreffende Herr, der den Bericht verfaßt hat, nicht über das genügende Verständnis zu verfügen, oder den Bericht einfach liegen gelassen zu haben. Denn merkwürdigerweise trägt der Bericht, der uns vorliegt, kein Datum, und es läßt sich darum nicht sehen, zu welcher Zeit die Straßenbaudeputation den Bericht eingereicht hat. Es muß Einspruch dagegen erhoben werden, daß seitdem Monate verstrichen sind.

Was die Bewilligung der Summen betrifft, so möchte ich mich den Worten des Herrn Hormann anschließen und besonders unterstreichen, was er zu Punkt 3 gesagt hat. Es handelt sich um eine Beeinträchtigung des Budgetrechtes der Nationalversammlung, die wir uns nicht gefallen lassen dürfen.

Göze (U.S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird im allgemeinen der Vorlage zustimmen, und zwar deshalb, weil es gilt, der Arbeitslosigkeit beim Straßenbau und dem Tiefbau zu steuern. Wir haben allerdings auch Bedenken zu 3, und wir müssen verlangen, daß in Zukunft kein Geld verbraucht wird, ohne die Nationalversammlung vorher zu hören. Zumal, Herr Präsident, müssen wir vorsichtig sein, weil die Straßenbaugewerbetätigkeiten heute noch in den Händen der Privatunternehmer sind. Sollte dadurch, daß dieser Punkt 3 zurückgezogen wird, vielleicht Arbeitslosigkeit entstehen, so wäre es zweckmäßig, daß diese Mittel, die da schon verausgabt sind, aus Punkt 1 und 2 herausgenommen werden. Wir bedauern und müssen Kritik üben, daß in der Vorlage nichts davon zu merken ist, daß diese Straßenbauarbeiten heute noch den Privatunternehmern

übergeben werden. Im Monat Mai hat der deutsche Bauarbeiterverband mit seinen 400 000 Mitgliedern auf seinem Verbandstage einen Entschluß angenommen, der dahin ging, daß alle Mitglieder des deutschen Bauarbeiterverbandes in ihren Gemeinden und Kommunen darauf hinwirken sollen, daß so schnell wie möglich diese Bauarbeiten, ob Hoch- oder Tief- oder Straßenbau, den Privatunternehmern aus den Händen genommen werden soll. Auch der deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Bremen, hat im Juli an den Senat in Bremen eine Eingabe gemacht, die darauf hinwirkt, daß die Regierung versuchen soll, so schnell wie möglich das zu erreichen, was der Verbandstag angenommen hat. Jetzt ist es Oktober, und Sie sehen, daß heute auf diesem Gebiete noch nichts geschehen ist, so daß der alte Zustand erhalten geblieben ist. Es kann ferner daran liegen: Herr Senator Stampe hat mir schon erklärt, daß dieses nicht möglich sei, weil wir an einen Vertrag gebunden seien, der bis zum 31. März läuft und mit dem Straßenbauunternehmer abgeschlossen ist. Dann müßte eine Abänderung geschaffen werden. Ich nehme an, daß Stampe, der noch mein Kollege ist, trotzdem er Senator ist, seine ganze Kraft einsetzen wird, daß diese Beschlüsse, die der deutsche Bauarbeiterverband gefaßt hat, durchgeführt werden. Nun sind die Unternehmer an diesen städtischen Arbeiten natürlich sehr interessiert, denn sie wissen, daß der Staat der beste Bezahler ist. Diese Unternehmer werden nun behaupten, daß diese Arbeiten, wenn sie der Staat selbst ausführt, für den Staat recht teuer werden. Mit dieser Auffassung kann ich bis zu einem gewissen Grad konform gehen, und zwar, wenn man bei diesen Staatsbauten, die in eigener Regie ausgeführt werden, die ungeheure bürokratische Bauverwaltung, die wir heute haben, beibehält. Ich will an Zahlen beweisen, wie teuer heute die Bauverwaltung arbeitet. Ich habe eine Aufstellung aus dem Budget gemacht: da sind 175 Personen, vom Bauführer aufwärts bis zu den Ingenieuren, Bauräten und Oberbauräten, — nur einen Arbeiterrat beschäftigen sie nicht — die beziehen ein Gehalt von über 500 000 M. Das ist die Ausgabe nach unserm Budget, da sind noch nicht einmal die Ausgaben für die kleinen Techniker, Kanzleigehilfen usw. enthalten, auch nicht die Teuerungszulage, die diese Herren erhalten. Wenn wir natürlich diese Staatsarbeiten unter diesem bürokratischen Apparate ausführen, bin ich der Meinung, daß diese Arbeiten teurer werden müssen. Aber das würde nicht auf das Konto der Arbeiter zurückzuführen sein, sondern auf das Konto des bürokratischen Apparates. Es sind unglaubliche Zustände. Das Straßenbauamt I und II hat fünf Bauführer. Diesen fünf Bauführern sind fünf Steinseher unterstellt, braucht dieses Bauamt mehr Arbeiter, so fordert es solche bei den Privatunternehmern. Dafür erhält der Privatunternehmer 30 Pf. die Stunde pro Mann. Was er dafür macht,

ist, daß er den Leuten die Invalidenmarken und Krankenmarken klebt. Das andere steckt er in die Tasche, und das könnte der Staat auch einstreichen. Nun könnte man einwenden, ja, wir können den Straßenbau nicht in eigene Regie übernehmen, der Staat hätte eine ungeheure Ausgabe davon. Das trifft hier beim Straßenbau nicht zu, weil hier sehr wenig variables Kapital gebraucht wird, um diese Arbeiten in eigener Regie auszuführen. Das meiste Handwerkszeug hat zum Teil der Arbeiter selber. Nun erhält ein Tiefbauunternehmer, der vom Staate Arbeiten übernommen hat, für seine Arbeiter außerdem Zuschläge zu den Löhnen, Entschädigung für sein Material, das er dem Staate zur Verfügung stellt, und dann ist die Sache so, daß gerade die Tiefbauunternehmer bei Arbeiten, die sie vom Staate übernehmen, immer das schlechteste Material verwenden und auf Kosten des Staates das Material reparieren lassen. Ich will an einem Beispiel zeigen, wie die Unternehmer diesen Staat ausnützen. Es werden Notstandsarbeiten ausgeführt im Industriehafen. Zuständig ist die Deputation für Häfen und Eisenbahnen. Nun ist mir eine Mitteilung gemacht worden, ich möchte die Herren von der Deputation bitten, sich die Sache anzusehen und zu untersuchen. Diese Arbeiten werden von der Tiefbaufirma Jansen ausgeführt. Die Firma erhält für jedes laufende Meter Schienen 80 Pfennig die Stunde und für jede Lokomotive 750 M. monatlich Abnutzungsgelder. Außerdem liefert ihm der Staat die Feuerung hierzu. Wir kennen unsere Unternehmer, wie sie beschaffen sind, denen ist das Vaterland Nebensache, die Hauptsache ist ihr Profit. Nun sind die Unternehmer so geschickt, die legen mehr Gleis hin als sie brauchen, ohne daß es benutzt wird, und sagen, soviel Gleis habe ich gelegt, soviel muß der Staat bezahlen, ohne daß es benutzt ist.

Auch darf ich die staatlichen Bauführer etwas unter die Lupe nehmen, weil sie sich in letzter Zeit Rechte anmaßen, die sie nicht haben. Sie erlauben sich, in die Rechte der Arbeiterschaft einzugreifen. So bereiten sie unseren Baudelegierten, die nach dem heutigen Gesetze die rechtmäßigen Vertreter der Arbeiter auf den Baustellen sind, die größten Schwierigkeiten; sie verlangen, daß die Arbeiter arbeiten sollen. Das sind Rechte, die die Bauführer des Staates überhaupt nichts angeht. Und dann muß bei dieser Gelegenheit der Fall, der mir mitgeteilt worden ist, der Deputation vorgelegt werden, daß die Herren Bauführer sich für ihren Privatbesitz auf Kosten des Staates Arbeiten ausführen lassen, und dann die Arbeiter zwingen, dazu zu arbeiten. Dieser Fall ist mir mitgeteilt, und ich stelle mich der Deputation für Häfen und Eisenbahnen zu näherer Auskunft zur Verfügung. Das schönste dabei ist, daß man diese Baudelegierten und Schachtmeister, die das Vorgehen der Unternehmer durchschauen, möglichst los sein will. Aber soweit

unsere Organisation, der deutsche Bauarbeiterverband, in Frage kommt, werden wir alle Kraft daran setzen, daß diese Leute nicht verschwinden. Aus diesen Gründen möchte ich Sie ersuchen, alle Kraft daran zu setzen, daß der Straßenbau, Tiefbau und Hochbau in eigener Regie, kommunalisiert, und letzten Endes sozialisiert wird. Und wenn diese Sache in Zukunft zur Verhandlung kommt, möchte ich Sie ersuchen, daß Sie dann diesem Antrage zustimmen werden, daß dieses System, das wir heute haben, ausgeschaltet wird. Es kann heute nicht mehr angehen, daß der Privatunternehmer sich bereichert auf Kosten des Staates. Wir sind von Arbeitern noch verschiedene Mängel mitgeteilt worden, wo ich nicht Zeit und Gelegenheit hatte, zu untersuchen, ob sie auf Wahrheit beruhen. Z. B. ist eine Tiefbaufirma am Orte, die Arbeiter beschäftigt, aber den Arbeitern, weil sie Invaliden sind, nicht den tarifmäßigen Lohn bezahlt, aber sicherlich doch den tarifmäßigen Lohn vom Staate erhält. Alle diese Sachen müssen geprüft werden, und soweit wir in der Baudeputation Einfluß haben, werden wir in diese Ecken und Winkel hineinleuchten. Wie gesagt, wir werden unsere Zustimmung zu der Vorlage geben, aber gegen den Absatz 3 der Vorlage haben wir Bedenken.

Senator Stampe: Ich bitte ums Wort.

Präsident: Herr Senator, Sie haben das Schlusswort, ich nehme deshalb an, daß Sie jetzt auf das Wort verzichten. (Zustimmung.)

Brausch (D.): Ich habe gegen die Vorlage nichts einzuwenden, ich möchte aber einiges auf die Ausführungen des Herrn Göze sagen. Er schildert es so, als wenn alle Unternehmer und Staatsbeamten Spitzbuben und Betrüger wären. Es ist selbstverständlich, wenn etwas geleistet wird, es auch bezahlt werden muß. Es wird kein Meter Schienengleis mehr bezahlt, als gebraucht wird. Was dazu liegt und nicht gebraucht wird, bekommt der Unternehmer nicht bezahlt. Umsonst aber ist nur der Tod. Sie arbeiten auch nicht umsonst, und was es kostet, Material zu beschaffen, davon haben Sie keine Ahnung. (Zurufe. Gelächter. Unruhe.) — — — man kann nicht sagen, der Mann macht das und das, das ist doch Unsinn!

Präsident: Ich muß diesen letzten Ausdruck zurückweisen.

Göze (U. S.): Ich habe nicht behauptet, daß alle Unternehmer Betrüger sind. Ich habe gesagt, daß wohl allen Unternehmern das Vaterland Nebensache ist, der Profit aber die Hauptsache. (Glocke. Unruhe. Zwischenrufe.) Ich habe nicht behauptet, daß — — —

Präsident: Ich muß einen derartigen Ausdruck gegen eine Berufsklasse, die hier vertreten ist, entschieden zurückweisen.

Göze: Herr Präsident, die Praxis ist doch so.

Präsident: Nein, ich muß es zurückweisen.

Diekmann (M.-S.): Auch ich muß mich gegen Herrn Göze wenden. Es ist hier so dargestellt worden, als wenn alle Unternehmer in diese Kategorie fallen. (Zurufe.) Wir müssen die Sache so ins Auge fassen, daß ein großer Teil der Unternehmer, die heute Staatsarbeiten ausführen, (Lebhafte Zwischenrufe, der Präsident bittet um Ruhe) einen ganz kläglichen Verdienst haben, (Zwischenrufe) denn heute ist der Anschaffungswert des Materials so gestiegen, daß von einem großen Verdienste keine Rede mehr sein kann.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Senator Stampe (M.-S.) (Schlußwort): Diese an sich bedauerlichen Ueberschreitungen innerhalb der Abteilung Straßenbau sind geboren aus den Zeitverhältnissen, aus den anormalen Verhältnissen des ganzen Sommers, wo wir gar nicht übersehen konnten, wie sich die Verhältnisse von Woche zu Woche gestalteten. Ich kann sogar versichern, daß die Forderungen, die wir heute erheben, schon zum Teil in Angriff genommen sind, ehe sie bewilligt sind, weil wir es nicht verantworten konnten, schon vor vier Wochen einen ganz erheblichen Teil der Arbeiter auf die Straße zu werfen. So sind die Arbeiten Ecke Wachtstraße und Tiefer in Angriff genommen worden, bevor uns diese Mittel bewilligt sind. Sonst hätten wir mindestens 150 Arbeiter entlassen müssen. Das glaubten wir nicht verantworten zu können. Nun wird gesagt, wir hätten mit diesem Berichte erheblich früher kommen müssen. Das gebe ich zu. Aber Sie kennen doch den langweiligen bürokratischen Weg, bis die Nationalversammlung die Vorlage zu Gesicht bekommt. (Zuruf Horman: Kürzen Sie ihn ab!) Ueber die Abteilung Krieg, über die Finanzkommission, über den Senat bis zur Nationalversammlung, das ist ein langer Weg. Ich bin nicht imstande, das Datum angeben zu können, seit wann dieser Bericht in Arbeit ist. Aber daß es über zwei Monate sind, dessen können Sie versichert sein. Wo der Fehler liegt, wo die Sache sich so lange verzögert hat, kann ich nicht feststellen. Ich habe erwartet, daß der Bericht schon vor 14 Tagen hier im Plenum hätte verhandelt werden können, und aus diesen Gründen hätte ich auch erwartet, daß die Budgetkommission mildernde Umstände bewilligt.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dann wird vor allem Punkt 3 angegriffen. Ich gebe zu, daß, wenn dieser Punkt 3 angenommen wird, das zu einem wilden Verfahren führen könnte. Ich möchte

aber darauf aufmerksam machen, daß es noch eine große Menge Sachen gibt, die bewilligt, aber noch nicht ausgeführt sind. So sind 1912 bewilligt, aber noch nicht ausgeführt an Neu- und Umlegung von Straßen Straßenbauamt I: St. Jürgenstraße von Vor dem Steintor bis Olgastraße 13 282.85 M., Neustadtswall vom vorhandenen Holzpflaster bis einschließlich Bremer Schauspielhaus 7700 M., Neustadtswall und Schulstraße bis Brückenstraße 10 800 M. 1913: Am Dom vom Rathaus bis zur Petristraße und vor dem Dom 39 900 M., am Buntentor, Osterstraße vom Neustadtswall bis zum Postgebäude 27 972.20 M. 1915: Neustadtsbahnhof und Grünstraße bis Allarmstraße 13 500 M., Auf der Kühlen von Schmidtstraße bis Einfahrt zur Feuerwache III 3 600 M. 1917: Warturmer Heerstraße, Endstrecke, von der Ochtmbrücke bis an das vorhandene Kleinpflaster 19 898 M. Neuanlage von Straßen: 1911: Weferdamm vom Alten Postweg bis Hastedter Heerstraße 27 622.66 M. 1914: Osterdeich vom Hastedter Ring bis Drakenburgerstraße 18 704.04 M., Auf dem Bohnenkamp von Rechtenfletherstraße bis Wildeshäuserstraße 17 764.34 M., Ochtmstraße vom Wendepfah bis Bohnenkamp 7000 M., Planstraße beim Buntentorssteimweg bis Kornstraße 8000 M., Brückenstraße von Gastfeldstraße bis Thedinghauserstraße 37 344 M. 1917: Bismardstraße von Friedrich Karlstraße bis Grenze des Reichspostgrundstücks 13 120.17 M. Ähnlich Straßenbauamt II: 1912: Bahnhofesplatz zwischen Museum, Postgebäude und Güterabfertigung des Nordd. Lloyd 42 401.48 M. 1914: Bahnhofesplatz von Tivoli bis Unterführung Gustav-Deetjen-Allee 12 905.02 M., Holler-Allee von Schwachhauser Heerstraße bis Park-Allee 9 200 M., Haferkamp von Landwehrstraße bis Wartburgstraße 40 000 M. 1916: Uhlandstraße 33 900 M., Kurfürsten-Allee zwischen Orleansstraße und Kirchbachstraße 65 000 M. 1918: Waller Heerstraße von Dietrichstraße bis Waller Ring 83 972.31 M. Zusammen sind bewilligt, aber noch nicht ausgeführt: Straßenbauamt I 246 410.26 M., Straßenbauamt II 317 993.72 M., Summa 564 403.98 M. Von diesen Arbeiten ist ein ganz erheblicher Teil nicht ausgeführt worden, weil das Material überhaupt nicht vorhanden und auch nicht zu bekommen war. Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, hat nun die Meinung vertreten, daß hierunter Straßen sind, deren Ausführung augenblicklich nicht so notwendig ist. Ich erinnere an die Straße Weferdamm von Alter Postweg bis Hastedter Heerstraße 27 622.66 M. Wir haben nun geglaubt — und das sollte durch den Antrag unter 3 ausgedrückt werden — daß aus diesen bewilligten Mitteln einzelne der aufgeführten Straßen noch nicht gepflastert, dafür aber dringlichere Arbeiten gemacht werden sollten. Ich gebe zu, daß die Nationalversammlung das nicht genau kontrollieren kann, daß da ein wildes Verfahren eintreten könnte, aber in augenblicklicher Zeit kann man es nicht

so genau nehmen wie früher. Ich bitte darum: Nehmen Sie die Anträge in ihrer Gesamtheit an. Ich bitte wenigstens um mildernde Umstände.

Zur Geschäftsordnung

Hormann (D.): Ich bitte um Aufklärung darüber, wie Herr Senator Stampe dazu berufen wurde, das Schlußwort zu sprechen, weil er weder als Senatskommissar anwesend ist, noch als Mitglied der Deputation dazu bestimmt war, die Vorlage zu begründen. Er hätte meines Erachtens das Schlußwort nicht erhalten dürfen, weil er zu Anfang der Debatte nicht das Wort genommen hat. (Sehr richtig!)

Präsident: Es handelt sich insofern um ein Novum, als der Herr Senatskommissar in den Reihen der Nationalversammlung sitzt. Da er den Bericht unterzeichnet hat, hatte er das Schlußwort. Solche Mitglieder der Deputation können sehr wohl das Schlußwort erhalten, auch wenn sie vorher den Antrag nicht begründet haben. Darum habe ich vorher auch Herrn Lauts das Schlußwort gegeben, weil er Rechnungsführer der Verwaltungsdeputation ist, obwohl er die Vorlage zu Anfang nicht begründet hatte. In diesem Fall war der Rechnungsführer nicht anwesend, wohl aber der vorsitzende Senator der Deputation. Deshalb hat er dasselbe Recht wie sonst der Rechnungsführer. Das ist die sinngemäße Auslegung der alten Geschäftsordnung der Bürgererschaft.

Hormann: Es ist richtig, daß es sich um ein Novum handelt. In der alten Bürgererschaft hat man so etwas nicht gekannt. Der Fall Lauts kann zum Vergleich nicht herangezogen werden, denn Herr Lauts hatte sich als Rechnungsführer rechtzeitig zum Wort gemeldet.

Präsident: Wenn Sie sich darauf berufen, habe ich sicher Recht: Herr Senator Stampe hatte sich auch zum Wort gemeldet.

Waigand: Ich möchte auch bitten, nichts neues zuzulassen. (Heiterkeit.)

Präsident: Demgegenüber möchte ich bemerken, daß es sich um eine sinngemäße Auslegung der Geschäftsordnung der alten Bürgererschaft handelt. Eine solche müssen Sie mir gestatten, wenn eine Bestimmung dem Wortlaut nach für die Nationalversammlung nicht paßt.

Sie sind wohl damit einverstanden, daß wir über die Anträge 1 und 2 zusammen abstimmen.

Die Anträge unter 1 und 2 werden angenommen.

Der Antrag auf Uebertragbarkeit der Beträge unter 1 und 2 wird angenommen.

Der Antrag unter 3 wird abgelehnt. (Riefe: Göhe, Ihr müßt doch Arbeit haben!)

3. Austausch von Grundstücken an der Lloydstraße und Tritonstraße.

Dr. Gildemeister: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Der Antrag wird angenommen.

4. Aenderung des Gesetzes, betr. die Generalvormundschaft in der Stadt Bremen und im Landgebiet, vom 21. Dezember 1912.

Degenhardt (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Mitteilung des Senats ist ganz richtig gesagt worden, daß es sich darum handelt, die Erhebung gleicher Gebühren herbeizuführen. Wenn in der Vorlage nun beantragt wird, hinter „bremischen Gerichtskostengesetzes“ die Worte einzufügen „in Verbindung mit dem Gesetz über Kriegszuschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten vom 3. Oktober 1918“ so ist dabei das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz vom 2. August 1919 übersehen worden. Es kommt darauf an, daß sowohl vom Jugendamt als auch von den bremischen Gerichten für gleiche Akte auch gleiche Gebühren erhoben werden. Ich beantrage daher, an Stelle des in der Mitteilung des Senats vorgeschlagenen Wortlauts die folgende Fassung:

Für jede Beurkundung gemäß Abs. 1 und Abs. 5 ist eine Gebühr an das Jugendamt zu entrichten, die entsprechend den für die Berechnung der bremischen Gerichtskosten geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu erheben ist.

Blanke: Wir stimmen dem Abänderungsantrage Degenhardt zu. Es ist so, wie Herr Degenhardt ausgeführt hat, daß die vom Senat angeführten Bestimmungen durch die am 2. August beschlossene Fassung überholt sind. Was Herr Degenhardt beantragt, ist das beste für den Fall, daß die Zuschläge auf die Gerichtskosten noch weiter erhöht werden sollten.

Der Antrag Degenhardt wird angenommen.

5. Budget für das Rechnungsjahr 1919.

Hormann (D.) für die Budgetkommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Stellen sind seinerzeit bei der Budgetberatung unter Vorbehalt eingestellt worden, namentlich mit Rücksicht darauf, daß hier eine scharfe Kritik an unserer Polizei im allgemeinen geübt wurde. Die Verhältnisse bei der Polizei sind inzwischen durch eine siebengliedrige Kommission unter dem Vorsitz von Herrn Bußmann geprüft worden, und nachdem die Kommission sich mit den Verhältnissen vertraut gemacht hat, hat sie sich damit einverstanden erklärt, daß die beanstandeten Stellen nunmehr be-

willigt werden, daß also der Vorbehalt aufgehoben wird. Herr Bußmann wird dazu noch weitere Ausführungen machen.

Bußmann (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hormann hat schon Anlaß genommen, namens der Budgetkommission darauf hinzuweisen, daß bei der Budgetberatung beschlossen worden ist, diese aufgeführten Stellen unter Vorbehalt einzustellen und eine Untersuchungskommission einzusetzen, um die Verhältnisse der Polizei nachzuprüfen. Diese Kommission hat ihre Arbeiten im allgemeinen erledigt, und ich habe schon den Herrn Präsidenten gebeten, den Bericht der Kommission auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Ich möchte im Namen der Kommission wegen der Verhältnisse bei der Polizei erklären, daß irgendwelche Bedenken, den Vorbehalt aufzuheben, nicht bestehen. Ich möchte dies daher befürworten.

Präsident: Diese Sache gibt mir Anlaß, etwas zu bemerken. Herr Bußmann, Sie haben mir mitteilen lassen, daß Sie einen mündlichen Bericht erstatten wollten. Ich halte es für bedenklich, nur mündlich zu berichten. Wenn aus der Versammlung nach Erstattung des mündlichen Berichts Widerspruch erfolgt, wird die Sache vielleicht noch weiter verzögert. In der alten Bürgerchaft ist immer davon Abstand genommen, einen mündlichen Bericht zu erstatten, es sei denn, daß es sich um eine dringliche, außerordentlich eilige Sache handelte.

Bußmann: Ich habe vorgeschlagen, nur einen mündlichen Bericht zu erstatten, aus dem einfachen Grunde, weil mir mitgeteilt wurde, daß die Drucklegung des Berichts erhebliche Kosten verursachen werde. Und ich stehe auf dem Standpunkt, daß ein mündlicher Bericht genügend Aufklärung bringen wird über das, was bei der Polizei zu monieren ist. Wenn aber verlangt wird, daß die Kommission schriftlich berichte, werden wir selbstverständlich schriftlich berichten.

Präsident: Wenn niemand Einspruch gegen die Erstattung eines nur mündlichen Berichts erhebt — ich habe nichts dagegen einzuwenden. (Widerspruch erhebt sich nicht.)

Der Antrag der Polizeidirektion wird angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 14. Oktober 1919:

26. Verkauf des Staatsgrundstücks neben
Hastedter Heerstraße Nr. 172

(Kat.-Bez. Vorstadt R 73, Nr. 716 und 717 A a/b).

Dr. Gildemeister: Die Juristische Kommission hält es für erforderlich, daß in § 6 statt der

Worte „§§ 5, 7 und 8“ gesagt wird „§§ 5—8“, weil sonst bei mehrfachen Verkäufen wieder beschlossen werde müßte, daß die Bestimmung über den Wiederverkauf Anwendung finden sollen.

Daselbe möchte ich gleich jetzt für den nächsten Vertrag beantragen.

Die Vorlage wird mit dem Antrage der Juristischen Kommission angenommen.

27. Verkauf von Staatsgrundstücken an der Claudiusstraße.

Präsident: Also auch hier beantragt die Juristische Kommission, daß in § 6 des Vertrages, wo es heißt, „§§ 5, 7 und 8“ es heißt „§§ 5—8“.

Dr. Gildemeister (L.-B.): Ich mache noch darauf aufmerksam, daß in § 6 Zeile 1 von einem Wiederverkaufsrechte gesprochen wird statt von einem Wiederkaufsrecht.

Präsident: In meinem Exemplar steht Wiederkaufsrecht.

Dr. Gildemeister: In meinem Exemplar steht Wiederverkaufsrecht.

Präsident: Herr Doktor, Sie sind noch bei der vorigen Vorlage. (Heiterkeit.) Hier in dieser Vorlage ist es richtig.

Die Vorlage wird mit dem Antrage der Juristischen Kommission angenommen.

28. Wiederherstellung der Kanzleigehilfenstelle im Haushaltsplan Nr. 112, Friedhöfe, für 1919.

Hormann (D.): Die Deputation für Friedhöfe stellt uns vor vollendete Tatsachen. Der Kanzleigehilfe ist bereits angestellt, trotzdem die Nationalversammlung in der Budgetberatung die Kanzleigehilfenstelle gestrichen hat. Die Deputation meint, daß die Nationalversammlung sich in irrtümlicher Auffassung befunden habe. Das darf eine Deputation nicht annehmen, sie muß unter allen Umständen annehmen, daß das, was die Nationalversammlung beschlossen hat, zu Recht besteht. Die Sache wird so gewesen sein, daß die Deputation nicht orientiert war, und das sollte sie dann auch in ihren Bericht hineinschreiben.

Präsident: Herr Hormann, ist es nicht besser, wir hören erst den Vertreter der Deputation?

Hormann: Es ist ganz Sache des Herrn Präsidenten, den Vertreter der Deputation erst zu Worte kommen zu lassen.

Präsident: Er hat sich nicht zum Worte gemeldet.

Hormann: Dann mag der Vertreter der Deputation nachträglich das bemängeln, was ich ausgeführt habe. In dem Budgetbericht war die Stelle des Kanzlisten als unbesetzt ausgeworfen, und es war nicht dabei gesagt worden, daß die Stelle des Kanzleigehilfen aufrecht erhalten bleiben solle, trotzdem mit Sicherheit anzunehmen und uns auch gesagt war, daß der Kanzleigehilfe zum Kanzlisten aufrücken sollte. Die Budgetkommission war der Ansicht, daß, wenn eine Kanzlistenstelle geschaffen würde, die Kanzleigehilfenstelle überflüssig sei. Die Nationalversammlung hat zugestimmt. Die Deputation darf sich über diesen Beschluß nicht hinwegsetzen. Wir stehen aber vor vollendeter Tatsache. Der Schreiber ist zum Kanzlisten aufgerückt, und er hat einen Rechtsanspruch auf sein Gehalt. Wir werden natürlich nicht so hartherzig sein und ihm das Gehalt nehmen, oder die Mitglieder der Deputation dafür haftbar zu machen. (Heiterkeit.)

Harmening (D.): Die Deputation hat die Kanzlistenstelle beantragt neben der Kanzleigehilfenstelle. Die Finanzdeputation hat die Stelle gestrichen und der Senat hat die Anstellung beschlossen. Danach mußte die Deputation annehmen, daß alles in Ordnung sei. (Zuruf Hormann: Nein! Nein!)

Der Antrag wird angenommen.

Präsident: Wir können über den nächsten Gegenstand noch nicht verhandeln, da ich nicht geahnt habe, daß die Herren sich in Ihren Worten so beschränken würden. Ich habe die Herren Senatskommissare erst auf 6 Uhr bestellt. Wir müssen den nächsten Punkt der Tagesordnung vorläufig überschlagen.

Nr. V der Tagesordnung:

Wahl der Verkehrsdeputation (14 Mitglieder).

Es machen Vorschläge:

Fauth (M.-S.): 1. Ohm, 2. Klenke, 3. Nelson, 4. Busse, 5. Freudenthal, Leopold, 6. Geßten.

Karrenberg (D.): 7. H. S. Meyer, 8. Lauts, 9. Pieper.

Drettmann (U. S.): 10. Göge, 11. Sommer, 12. Frank.

Dr. Gildemeister (L.-B.): 13. Matthias, 14. Fritz Franke.

Dogler (Chr. Ver.): 15. Dr. Hertel. (Letzterer wird nicht genügend unterstützt.)

Präsident: Weitere Vorschläge liegen nicht vor. Ich erkläre die 14 vorgeschlagenen Herren für gewählt.

Nr. VI der Tagesordnung:

Antrag, betr. die Arbeiten der Verfassungsdeputation.

Professor Dr. Diez: Ich bitte, den Antrag zurückzustellen. Herr Dr. Schelb hat zugesagt, um 6 Uhr hier zu sein, er ist noch durch Berufsgeschäfte verhindert.

Präsident: Ich habe nichts dagegen einzuwenden.

Nr. VII der Tagesordnung:

Antrag, betr. das Jagdrecht.

Präsident: Herr Dr. Künzler ist nicht da. Wir stellen den Antrag weiter zurück.

Fauth (M.-S.): Ich möchte den Antrag aufnehmen und beantragen, ihn der Juristischen Kommission zu überweisen, um ihre Stellungnahme erfahren zu können. Die Juristische Kommission kann gleich mit einem Berichte kommen.

Präsident: Vielleicht äußert sich der Vorsitzende der U. S. dazu.

Drettmann (U. S.): Herr Dr. Künzler ist auf Urlaub, und ich möchte bitten, den Antrag zurückzustellen.

Präsident: Haben Sie etwas dagegen einzuwenden, daß inzwischen der Antrag der Juristischen Kommission überwiesen wird? Vielleicht wird das die Verhandlung verkürzen.

Drettmann: Das würde ein Vorwegnehmen sein, und wir sind deshalb dagegen.

Präsident: Ich glaube, Herr Fauth, Sie ziehen unter diesen Umständen Ihren Antrag zurück.

Fauth: Jawohl.

Präsident: Der Antrag Fauth ist zurückgezogen.

Nr. VIII der Tagesordnung:

Antrag, betr. Teuerungszulagen für pensionierte Beamte usw.

Die Nationalversammlung ersucht die Kommission wegen der Beamtengehälter um einen Bericht, ob es angängig ist, den im Ruhestand befindlichen Beamten und Lehrern, sowie den Beamtenwitwen und -waisen die den aktiven Beamten gewährten Teuerungszulagen und Beschäftigungsbeihilfen fortan unter den gleichen Voraussetzungen und in der gleichen Weise wie diesen zu gewähren.

Karlmeier (L.-B.): Mein Antrag verlangt einen Bericht von der Kommission wegen Beamtengehälter.

Da es sich um einen Bericht handelt, setze ich voraus, daß sämtliche Fraktionen dieses Hauses dem Antrage zustimmen. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir durch den Beschluß der Nationalversammlung, der zum Gegenstande den 3. Bericht der Kommission, betreffend Beamtengehälter, hat, einen doppelten Rechtszustand für die im Ruhestand befindlichen Beamten geschaffen haben. Dieser Bericht sagt, daß den Beamten und jahrgeldsberechtigten Angestellten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder bis zum 31. März 1920 vollenden und bis dahin ihre Versetzung in den Ruhestand nachsuchen, zu dem ihnen gesetzlich zustehenden Ruhegehalt der gleiche Hundertsatz der jeweils gezahlten laufenden Teuerungszulage gewährt werden soll, vorbehaltlich späterer gesetzlicher Regelung. Damit haben wir einen doppelten Rechtszustand geschaffen. Die Beamten, die sich jetzt bis zum 31. März 1920 pensionieren lassen und gleichzeitig das 65. Lebensjahr erreicht haben oder bis zum 31. März 1920 vollenden, werden in Zukunft einen Rechtsanspruch auf Teuerungszulagen haben, während alle anderen Beamten diesen Rechtsanspruch nicht gewährt bekommen. Wir müssen daher doch über kurz oder lang neue Bestimmungen schaffen für diejenigen, die sich in Zukunft pensionieren lassen und das 65. Lebensjahr vollendet haben. Ferner muß die Härte gegen diejenigen Beamten beseitigt werden, die sich in früheren Jahren haben pensionieren lassen und gleichfalls bei ihrer Pensionierung das 65. Lebensjahr erreicht hatten. Ich möchte bitten, daß die Kommission noch einmal überlegt, ob nicht den Ruhestandsbeamten, wie auch den Witwen und Waisen, die infolge des rapide gesunkenen Geldwertes und der Teuerung in eine bedenkliche Lage geraten sind, ganz allgemein ein Rechtsanspruch auch auf die Teuerungszulage und die Beschaffung von Beihilfen gewährt werden soll. Vertreter aller Parteien haben sowohl in der Nationalversammlung, wie in der alten Bürgerchaft sich dafür eingesetzt, daß den Ruhestandsbeamten, wie den Witwen und Waisen ein solcher Rechtsanspruch gewährt wird; ich bitte daher, meinem Antrage zuzustimmen.

Wahnjaffe (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion verschließt sich nicht dem Notstande, in dem sich die Pensionäre, wie auch die Witwen und Waisen befinden, und ist gern bereit zu helfen, soweit es angängig ist. Wir stimmen dem Antrage zu und erwarten von der Kommission für die Regelung der Beamtengehälter, daß sie in kürzester Zeit den geforderten Bericht erstatten wird, damit der dringenden Not abgeholfen werde. Wir vertreten den Standpunkt, daß der Staat nicht allein die Verpflichtung hat, für seine Beamten zu sorgen, solange sie noch aktiv tätig sind, sondern auch noch weiter, wenn sie in den Ruhestand versetzt sind. Ich kann mich allerdings nicht der Ausführung des Herrn Vorredners anschließen nach der er zwei Kategorien von Beamten in Vergleich stellt, und zwar solche, die bis zum

31. März 1920 ihre Versetzung in den Ruhestand nachsuchen, und andere, die bereits früher in den Ruhestand getreten sind. Die Bestimmung hinsichtlich der Beamten, die bis zum 31. März 1920 in den Ruhestand treten, ist mit der Absicht getroffen worden, daß die Verwaltungen Platz schaffen können für jüngere Kräfte, um denen ein Vorwärtstommen zu ermöglichen. Aber gleichwohl werden wir dem Antrage zustimmen, und ich möchte noch einmal den Wunsch aussprechen, daß die Kommission schnell arbeiten möge, damit den Pensionären sowie den Witwen und Waisen bald geholfen werde.

Karrenberg (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kommission wegen der Beamtengehälter hat sich mit der Angelegenheit schon einmal beschäftigt, leider mit abschlägigem Bescheide. Wir möchten die Kommission von unserer Seite bitten, über die Frage noch einmal zu beraten. Da wir gewohnt sind, von dieser Kommission schnell Berichte zu bekommen, so erwarten wir auch, daß sie in diesem Fall sehr rasch arbeiten wird. Ein Notstand liegt vor. Die betreffenden Pensionäre haben sich wiederholt an die Öffentlichkeit gewandt und ihre Notlage nachgewiesen. Es ist nicht angängig, daß man verdiente Leute auf den Gnadenweg verweist. Die Demokratische Fraktion wird dem Antrag allgemein zustimmen.

Schmidt (U. S.): Auch wir stimmen dem Antrage zu. Wir wünschen, daß die Kommission die Verhältnisse der im Ruhestand lebenden Beamten noch einmal nachprüfe. Wir bitten die Kommission, noch einmal zu prüfen, ob die Forderung des Nachweises der Bedürftigkeit noch aufrecht erhalten werden kann. Wenn auch Herr Karfmeyer sagt, daß die Prüfung der Frage der Bedürftigkeit sehr human erfolgt, so steht doch fest, daß viele Beamte davon abgehalten werden, einen Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage zu stellen, weil erst ihre Bedürftigkeit geprüft werden soll. Das trifft nicht nur auf Leute zu, die sich in besseren Verhältnissen befinden, sondern auch auf solche, die in armseligen Verhältnissen leben. Daher bitten wir Sie, dem Antrage zuzustimmen, damit die Kommission baldigst Bericht erstatten kann.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. IX der Tagesordnung:

Antrag, betr. die Unterbringung von Teilen der Polizeisicherheitsgruppe im Reservelazarett II.

Drettmann (U. S.): Ich bitte, den Antrag bis sechs Uhr zurückzustellen, weil die Antragsteller nicht anwesend sind.

Präsident: Schön.

Nr. X der Tagesordnung:

Antrag, betr. den Straßenbahnerstreik.

Um die Wiederaufnahme des Straßenbahnbetriebes sofort zu ermöglichen, übernimmt die Nationalversammlung die Gewähr dafür, daß den Arbeitern die zwischen Direktion und Personal vereinbarten Lohnerhöhungen ausbezahlt werden. Jede weitere Verhandlung wird der Verkehrsdeputation überwiesen.

Präsident: Ich glaube, dieser Antrag Sommer ist durch die Verhältnisse überholt. (Zustimmung von Sommer.) Wäre es dann nicht richtig, an Stelle dieses Antrages über den Antrag Fauth-Wenhold zu verhandeln? Ich höre keinen Widerspruch. Der Antrag lautet:

Die Nationalversammlung erklärt sich grundsätzlich mit der Erhöhung des Fahrpreises bei der Bremer Straßenbahn von 15 $\mathcal{M}$ auf 20 $\mathcal{M}$ einverstanden unter Erweiterung der Rechte des Bremischen Staates gegenüber der Bremer Straßenbahn. Sie beauftragt die Verkehrsdeputation in Verbindung mit der Aufsichtsbehörde für die Bremer Straßenbahn, mit der Direktion der Bremer Straßenbahn die für die Erteilung der Genehmigung erforderlichen Verhandlungen zu führen.

Direktor H. S. Meyer (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst bitte ich um die Genehmigung des Herren Präsidenten, mein schriftliches Material benutzen zu dürfen, weil es dabei allerhand Zahlen gibt.

Wie sich die Folgen des verlorenen Weltkrieges auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens bemerkbar machen, so gilt dies auch für unsere Verkehrsunternehmen. Die enorm gestiegenen Kosten für Löhne, Gehälter, Betriebsmaterialien u. zwingen alle derartigen Unternehmen, um überhaupt lebensfähig zu bleiben, ihre Fahrpreise entsprechend zu erhöhen. Ich erinnere hierbei an die Eisenbahnen, die die Fahrpreise gegenüber der Zeit vor dem Kriege auf mehr als das Dreifache erhöhen mußten und noch mit einem nicht unerheblichen Fehlbetrage rechnen. In einer besonders schwierigen Lage befinden sich diejenigen Verkehrsunternehmen, die durch Konzessionsverträge an bestimmte Tarife gebunden sind. Zu diesen gehört die Bremer Straßenbahn.

Meine Damen und Herren! Ich will nicht die Frage anschneiden, ob die Tarifpolitik, die in der Vergangenheit in Bremen betrieben wurde, die richtige war. Jedenfalls steht für mich als Fachmann fest, daß es etwas unnatürliches ist, daß eine Stadt wie Bremen, die durch ihre weitläufige Bauart mit dem Einfamilienhaus gegenüber den eng gebauten Städten mit Mietskasernen einen besonders ungünstigen

Verkehrskoeffizienten ergibt, in der Vergangenheit sowohl wie in der Gegenwart zu denjenigen Städten gerechnet werden muß, in denen der billigste Tarif besteht. Das ist etwas ungesund, was sich im Wirtschaftsleben immer rächen muß. Es ist daher kein Wunder, wenn einmal Herr Waigand und seine Freunde erklärten, die Bremer Straßenbahn sei kein Verkehrsunternehmen, sondern nur ein Erbsaß, und wenn andererseits über die schlechte Bezahlung der Angestellten in der Vergangenheit geklagt wird. Und die Herren von der Linken weisen demgegenüber auf die hohen Dividenden hin, die trotzdem zur Auszahlung gelangt seien. In der Tat: man kann da von einer Vergewaltigung des Wirtschaftslebens sprechen.

Meine Damen und Herren! Ich halte es für notwendig, auch an dieser Stelle wieder gegen einen Begriff anzukämpfen, der wirtschaftlich so oft mißverstanden wird. Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß der überwiegende Teil der Aktien der Bremer Straßenbahn auf Grund einer Vereinbarung mit dem Staate zu 125 bis 130 $\mathcal{M}$ zur Ausgabe gelangt, daß also der Käufer einer Aktie von 1000 $\mathcal{M}$ dafür 1250 bis 1300 $\mathcal{M}$ bezahlen muß und daß daher eine Dividende von $7\frac{1}{2}\%$, wie sie in der Vergangenheit meist bezahlt worden ist, nur einer Verzinsung von $5\frac{3}{4}\%$ des Anlagekapitals entspricht, was im Hinblick auf das Risiko im Vergleich mit den 5% igen Staatsanleihen nicht als übermäßig bezeichnet werden kann. Was bedeutet ferner 1% Dividende gleich 88 000 $\mathcal{M}$ im Vergleich zu den Summen, die erforderlich sind, um die Mehrkosten für Löhne und Gehälter sowie für Neubeschaffung von Betriebseinrichtungen aufzubringen? Um einem falschen Verdacht vorzubeugen, habe ich bereits in der letzten Sitzung von dieser Stelle aus darauf hingewiesen, daß ich hier nicht pro domo spreche, denn ich habe nie eine Aktie der Straßenbahn besessen und bin auch weder verwandt noch verschwägert mit einem ihrer Aktionäre. Ich fühle mich aber verpflichtet, diese Frage hier gründlich zu klären, da der Staat ein großes Interesse an der Lösung einer Frage haben muß, die für die Beurteilung der Sachlage außerordentlich wichtig ist. Nur so können wir die Fragen der Zukunft in einem der Billigkeit entsprechenden Sinne lösen.

Sie werden nun fragen: Wie konnte denn die Gesellschaft trotz des niedrigen Tarifs überhaupt bestehen? Auch darüber bin ich in der Lage, ein fachmännisches Urteil abzugeben. Wie Sie wissen, war die Bremer Straßenbahn eine der ersten in Deutschland, die im Jahre 1899 ihren Betrieb elektrifizierte. Zufällig bin ich über die damaligen Vorgänge gut orientiert, da ich 1899 von Amerika aus an den ersten Motoren für elektrische Bahnen mitgearbeitet habe und im Jahre 1899 als Spezialist von der amerikanischen Firma nach Deutschland zur „Union Elektrizitäts-Gesellschaft“ gesandt wurde, um die elektrische Aus-

rüstung von Straßenbahnen durchführen zu helfen. Diese ersten amerikanischen Motore wurden hier für die Bremer Straßenbahn geliefert. Sie waren im Hinblick auf die Neuheit der Materie besonders kräftig ausgeführt, und da der Einheitlichkeit wegen auch die Nachlieferungen bis zu einem gewissen Zeitpunkt die gleichen Motore erhielten, war der Bremer Betrieb mit einem Sicherheitsfaktor gegen Ueberlastungen ausgestattet wie kaum eine andere Bahn Deutschlands. Dieser Umstand kam der Bahn während des normalen Betriebes durch eine geringe Reparaturquote und während des Krieges bei der Aufrechterhaltung des Betriebes trotz der großen Ueberlastungen außerordentlich zugute, während in anderen Städten, wie z. B. in Frankfurt ein Zusammenbruch des Verkehrs statifand und die Unterhaltungskosten besonders enorm waren, so daß die Stadt während des Krieges bei der Straßenbahn einen Fehlbetrag von 14 Millionen hatte. Nur so ist es zu erklären, daß in Bremen der bisherige Tarif solange aufrecht zu erhalten war, allerdings zum Teil auf Kosten der Löhne der Angestellten, die bei allen Straßenbahnen sehr gering waren. Und damit komme ich zu dem zweiten Punkt, der es erklärt, daß der Tarif solange aufrecht erhalten werden konnte. Hierin muß Wandel geschaffen werden, denn es ist nicht angängig, daß das Publikum auf die Dauer auf Kosten der Angestellten und der technischen Entwicklung des Unternehmens vermittels eines künstlich niedrig gehaltenen Fahrpreises Leistungen erhält, die in keinem Verhältnis zu der sonstigen Entwicklung des Wirtschaftslebens stehen.

Diesen Gesichtspunkt hat auch das Schiedsgericht, das am Donnerstag letzter Woche aus den Mehrheitsparteien gebildet wurde, sich zu eigen gemacht, als es den ausständigen Straßenbahnangestellten trotz ihres an und für sich beklagenswerten Verhaltens eine nicht unerhebliche Verbesserung ihrer Bezüge zugebilligt hat.

Die Kosten dieser Aufbesserung in Verbindung mit den verbesserten Verkehrsleistungen, die wir von der Straßenbahn in Zukunft verlangen müssen, machen eine Erhöhung des Tarifes zur Notwendigkeit. Im Prinzip ist diese ja auch von der Mehrheit des Hauses bereits gebilligt. Es fragt sich nur, ob wir von dem bestehenden 15 Pfennig-Einheitstarif zu dem von der Direktion der Bahn geforderten 20 Pfennig-Einheitstarif übergehen müssen. — Meine Damen und Herren! Ich habe mich sehr eingehend mit dieser Frage befaßt und bin dabei zu der Ueberzeugung gelangt, daß der 20 Pfennig-Einheitstarif nicht zu umgehen ist. Auch mit diesem Tarif wird in Bremen noch viel billiger gefahren als in den meisten Städten Deutschlands. Schließlich, was ist heute eine Verdoppelung des Fahrpreises gegenüber dem Friedenspreis, wo fast alle Dinge, die mit dem Betriebe der Bahn in Verbindung stehen, auf das drei- bis vierfache des Friedenspreises gestiegen sind? Die Mehrzahl dieses Hauses, nicht zuletzt auch meine engeren

Fraktionskollegen, werden natürlich dabei in erster Linie fürchten, daß der Grundsatz von der Verdoppelung auch auf die Dividende der Aktionäre Anwendung finden könnte. Daran ist natürlich nicht zu denken. Einmal läßt sich mit Todsicherheit ausrechnen, daß bei der steigenden Tendenz aller Materialien auch die vermehrte Einnahme im laufenden Jahr nicht ausreichen wird, um die bereits bestehende sehr erhebliche Mindereinnahme gegenüber dem Vorjahre auszugleichen, also einen Abschluß vorzulegen, der dem vorjährigen gleich wäre, dann aber muß in der Zukunft der Erneuerungsfonds, wenn er den tatsächlichen Aufwendungen entsprechen soll, viel stärker bedacht werden als bisher. Die Verwaltung, der ich meine diesbezüglichen Bedenken geäußert habe, hat mir die bindende Erklärung abgegeben, daß sie ihrerseits nicht daran denken konnte, die Dividende zu erhöhen, ganz abgesehen davon, daß laut Konzessionsvertrag die Finanz-Deputation hierbei ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben wird. Berücksichtigt man weiter, daß der Staat in steigendem Maße an den Erträgen des Unternehmens beteiligt ist, und zwar soweit, daß schon von $7\frac{1}{2}\%$ — in Wirklichkeit von 6% — ab drei Viertel aller Mehrerträge dem Staate zufallen, so glaube ich, daß in der Bewilligung des 20 Pfennig-Einheitstarifes, wenigstens für die Dauer der letzten Abmachung, also bis zum Jahre 1923, keinerlei Möglichkeiten bestehen, daß die Aktionäre der Straßenbahn zu gut dabei weglämen. Ich fürchte sogar, daß wir uns innerhalb dieser Zeit noch öfter über eine Tarifierhöhung unterhalten müssen, vor allem, wenn inzwischen das Unternehmen nach den Wünschen der Linken dieses Hauses vermittels eines kommunalen Sozialisierungsgesetzes in die Hände des Staates übergehen sollte.

Gerade dieser Umstand sollte uns dazu veranlassen, die diesmalige Frage der Tarifierhöhung etwas großzügiger anzusehen. Denn was nützt es uns, wenn die Gesellschaft gezwungen ist, aus Mangel an Einnahmen das Unternehmen selbst herunterzuwirtschaften? — Wir haben vielmehr allergrößtes Interesse daran, daß die Einnahmen so gestaltet werden, daß das Unternehmen seinen vielseitigen Aufgaben gerecht werden kann. Die genauen Unterlagen über die Verwendung der durch den 20 Pfennig-Einheitstarif entstehenden Mehreinnahmen sind der Aufsichtsbehörde eingereicht. Ich habe Einsicht in die Unterlagen genommen und möchte Ihnen kurz die wichtigsten Daten bekannt geben.

Die gesamten Löhne betrugen im	
Jahre 1918	„ 2 500 000.—
Steigerung infolge Lohnbewegung	
im Januar 1919	„ 3 000 000.—
Jetzige Lohnerhöhung gem. Zusagen	
der Direktion	„ 1 400 000.—
Zusammen unter Berücksichtigung	
des Mehraufwandes für	
bezahlten Urlaub usw.	„ 7 000 000.—

Demgegenüber betrugen die gesamten Einnahmen abzüglich Verkehrssteuer im Jahre 1918 nur $\text{M } 7000000$. — Die Mehreinnahmen aus Verkehrszuwachs und erhöhtem Tarif von $12\frac{1}{2} \%$ auf 15% betrugen bis zum 30. September 1919 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1918 ca. $\text{M } 1960000$. —, die Mehrausgaben im gleichen Zeitraum ca. $\text{M } 2700000$. —. Demnach ist bereits für dreiviertel Jahre eine Mindereinnahme von ca. $\text{M } 740000$. — gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Dabei sind jedoch nur die drei Hauptfonten, Löhne und Gehälter, Stromverbrauch und Steuern berücksichtigt, die sich jederzeit feststellen lassen. Hierzu kommen noch die Mehrausgaben für Wagenunterhaltung, die bis zum 30. August 1918 ca. $\text{M } 160000$ laut Bericht des betreffenden maßgebenden Beamten betragen haben sollen. Daß auch die allgemeinen Unkosten, wie Schmier- und Putzmaterial, Dienstkleidung, Bahn und Oberleitung sowie Immobilien-Unterhaltung erhebliche Mehrkosten gegenüber dem Vorjahre verursachten, ist sicher. Zahlenmäßig können diese erst am Ende des Jahres durch Inventuraufnahme und Abschluß der Bücher festgestellt werden: Nimmt man diese Mehrkosten mit nur $\text{M } 100000$. — an, so würde sich auf ein Jahr gerechnet eine Minus-Differenz zwischen Mehreinnahmen und Mehrausgaben von $1\frac{1}{4}$ Million gegenüber dem Vorjahre ergeben. Die Gesellschaft würde also bereits ohne die jetzigen Lohnerhöhungen mit einem Jahresertragnis zu rechnen haben, das um ca. $1\frac{1}{4}$ Million schlechter ist als das Vorjahr. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Erneuerungsfonds, der mit 2,6 Millionen in der letzten Bilanz erscheint, im Hinblick auf die sehr erheblich gesteigerten Kosten für alle Ergänzungen und Neuanschaffungen in den nächsten Jahren einer besonders kräftigen Dotierung bedarf. Erfordern doch allein die notwendigsten Neuanschaffungen für Wagen resp. der Umbau des Wagenparks eine Ausgabe von ca. 4 Millionen. Unter Berücksichtigung all dieser Ziffern ist es schwer zu verstehen, warum die Gesellschaft nicht schon längst mit dem Antrage einer angemessenen Tarifierhöhung an die Aufsichtsbehörde herantreten ist. Denn mit den jetzigen Einnahmen ist es völlig ausgeschlossen, daß die Gesellschaft den berechtigten Anforderungen eines modernen Verkehrsinstitutes gerecht werden kann.

Die Gesellschaft schätzt die Mehreinnahmen aus dem 20 Pfennig-Tarif, unter Berücksichtigung eines gewissen Verkehrsausfalles, der sogenannten Kurzfahrer, der sich erfahrungsgemäß einstellen soll, und nach Abzug der Verkehrssteuer die Mehreinnahmen auf 2,3 Millionen. Nehmen wir an, daß die Direktion der Straßenbahn hierbei aus begreiflichen Gründen um etwa $\text{M } 500000$. — zu vorsichtig geschätzt hat, so ergibt sich bei sonst gleichbleibendem Verkehr eine Mehreinnahme von ca. 2,8 Millionen. Demgegenüber betragen die Mehraufwendungen für Löhne gemäß letzter Bewilligung 1,4 Million. Dazu kommt die bisherige Mindereinnahme von etwa $1\frac{1}{4}$ Million, auf das ganze Jahr berechnet, so daß bei sonst gleichbleibenden Verhältnissen die Gesellschaft für das Jahr 1920 etwa $\text{M } 150000$. — mehr zur Dotierung des Erneuerungsfonds zur Verfügung hätte, was nicht als ausreichend zu betrachten wäre. Für das laufende Jahr 1919 würde der erhöhte Tarif höchstens für zwei Monate wirken können, das heißt etwa $\text{M } 450000$. — von der bisherigen Mindereinnahme von ca. 1 Million decken können. Also muß der diesjährige Abschluß der Gesellschaft selbst bei resüloser Bewilligung des 20 Pfennig-Tarifes um etwa $\frac{1}{2}$ Million schlechter ausfallen als im Vorjahr. Aber auch die nächsten Jahre werden solche Mehranforderungen an die Gesellschaft stellen, daß bei entsprechender Dotierung des Reservefonds die zur Gewinnverteilung verfügbaren Beträge kaum die des Jahres 1918 erreichen dürften.

Diese Zahlen in Verbindung mit der Erklärung der Verwaltung, daß eine Erhöhung der Dividende unter keinen Umständen in Frage kommt, berechtigen uns, die prinzipielle Zustimmung zu dem von der Direktion geforderten 20 Pfennig-Einheitstarif zu empfehlen, wobei es der Verkehrsdeputation überlassen bleiben muß, für die Bewilligung dieses Tarifes weitere Vergünstigungen für Staat und Publikum von der Verwaltung der Straßenbahn zu erreichen. Des weiteren möge die neue Verkehrsdeputation dafür sorgen, daß der Ausbau des Unternehmens, sobald es die äußeren Umstände erlauben, in einer Weise zur Durchführung gelangt, die den Interessen der Bevölkerung entspricht.

An die Straßenbahn-Angestellten richte ich den Appell, in Zukunft nicht wieder in derartig unverantwortlicher Weise Schindluder mit der Bevölkerung zu treiben. Am meisten gelitten unter dem Streik hat zweifellos die arbeitende Bevölkerung, und das sollte doch auch den Straßenbahn-Angestellten zu denken geben. Vor der Stilllegung eines derartig lebenswichtigen Betriebes müssen alle Instanzen angerufen werden, die für die Schlichtung von Lohn-differenzen in Frage kommen. Gerade das letzte Schiedsgericht der Mehrheitsparteien möge den Straßenbahnern zeigen, daß es auch über die gesetzlichen Instanzen hinaus Mittel und Wege gibt, eine derartige unerhörte Schädigung der Allgemeinheit zu verhindern, wenn nur der gute Wille dazu vorhanden ist. Auch der Direktion der Straßenbahn kann der Vorwurf nicht erspart werden, mit dem Antrage auf Tarifierhöhung zu lange gewartet zu haben. An und für sich mag der jetzt eingeschlagene Weg ja einfacher sein als der frühere. Aber im Interesse der Allgemeinheit wäre es jedenfalls besser gewesen, wenn rechtzeitig Farbe bekannt wäre. — Mögen daher beide Teile aus dem Vorkommnis lernen, auf daß es Bremen in Zukunft erspart bleibe, nochmals vier Wochen ohne Straßenbahn zu sein. (Beifall bei den Dem.)

Lauts (D.): Meine Damen und Herren! Ganz so günstig wie Herr Meyer sehe ich die Sache nicht an. Ich habe lange in der Deputation für die Straßenbahn mitgearbeitet und kenne die Verhandlungen genau. Wir alle haben ein Interesse daran, daß Bremen einen ordnungsmäßigen Betrieb der Straßenbahn erhält, denn daß dieses im allgemeinen Interesse liegt, kann nicht geleugnet werden. Was wir aber nicht billigen, ist der Weg, den die Direktion der Straßenbahn beschritten hat, indem sie die Lohnstreitigkeit zum Anlaß genommen hat, Forderungen an die Nationalversammlung zu stellen, ehe sie sich mit ihren Arbeitern geeinigt hatte. Wir haben mit den Arbeitern der Straßenbahn direkt nichts zu tun. Wenn die Arbeiter der Straßenbahn glaubten, mit den Löhnen nicht auskommen zu können, so hätten sie sich an die Direktion wenden müssen, und wenn die Direktion glaubt, die geforderten Löhne bei dem bestehenden Tarif nicht zahlen zu können, so hätte sie sich an die Nationalversammlung mit der Bitte um eine Tarifierhöhung wenden müssen. Dieser Weg ist früher beschritten worden: da hat sich die Direktion an den Rat der Volksbeauftragten und dann an die Provisorische Regierung gewandt und um eine Tarifierhöhung gebeten, wobei sie den Beweis erbrachte, daß sie bei dem alten Tarif nicht mehr bestehen konnte. Einen ähnlichen Weg hätte die Straßenbahn jetzt beschreiten müssen, und daß sie das nicht getan hat, spricht gegen die Straßenbahngesellschaft. Wir haben früher die Erfahrung gemacht, daß die Erwartungen, die an die Bewilligung eines höheren Tarifs geknüpft wurden, sich nicht erfüllt haben, und ich glaube, die bremische Bevölkerung würde es nicht verstehen, wenn die Nationalversammlung glattweg eine Erhöhung um 5 % bewilligte, ohne einen gründlichen Einblick in die Verhältnisse genommen und sich überzeugt zu haben, daß die Erhöhung unbedingt notwendig ist. (Sehr richtig!) Nach den Zahlen, die Herr Direktor Meyer vorgeführt hat, scheint die Erhöhung unbedingt notwendig zu sein, und wenn die Verkehrsdeputation sich damit beschäftigt hat, wird sie, wie ich glaube, auch zu der Ueberzeugung kommen, daß wir in diese Erhöhung einwilligen müssen. Aber, meine Damen und Herren, wir wollen doch dem Publikum gegenüber nicht wieder die unglückliche Rolle spielen, wie bei der letzten Tarifierhöhung, die ein Reinsfall unsererseits gewesen ist: wir haben den Tarif erhöht unter der Voraussetzung, daß der Mehrerlös für Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sei. Alle Straßenbahngesellschaften in Deutschland haben in den letzten Jahren ihre Dividenden ermäßigt, wir haben es aber erleben müssen, daß unsere Straßenbahn die einzige in Deutschland gewesen ist, die daraufhin eine höhere Dividende — von 8 % — gezahlt hat, die höchste, die sie jemals gezahlt hat. (Sehr richtig!) Was Herr Meyer sagt, daß die Aktien der Straßenbahn nicht zu pari, sondern zu 120 bis 130 ausgegeben seien, hat damit nichts zu tun. Das ist auch bei anderen Aktiengesellschaften so, daß die Dividende in

dieser Frage nicht nach der Börsennotierung berechnet wird. Und daß der Staat sich dabei etwas besser steht, spielt dabei auch keine Rolle. Das Faktum bleibt bestehen, daß aus der letzten Erhöhung des Tarifs die Aktionäre den Vorteil gehabt haben. Das können wir nicht billigen. Die Straßenbahn hätte, anstatt die Dividende zu erhöhen, mehr Rücklagen machen sollen. Daß sie das nicht getan hat, ist ein Vorwurf, ein berechtigter Vorwurf, den wir ihr zu machen haben.

Weiter sind wir der Meinung, daß wir das Recht haben, endlich auch Klarheit zu schaffen über einige Punkte der Konzession, über die Auslegung einiger ihrer Paragraphen. Ich gebe zu, daß die alte Bürgerschaft ich möchte sagen immer eine feindselige Haltung gegenüber der Straßenbahngesellschaft angenommen hat. Wenn irgend ein Projekt in Frage stand, wenn überhaupt eine Tarifffrage zur Verhandlung stand, hat sie sofort bei der Bürgerschaft einen derartigen Widerstand gefunden, daß die beabsichtigte Neuerung nicht durchgeführt werden konnte, so daß manche Wünsche des Publikums nicht erfüllt werden konnten. Ich will Sie über die alten Sünden nicht unterhalten, bin aber der Meinung, daß wir diese Gelegenheit benutzen sollen, um uns Klarheit über die Konzessionsbedingungen zu verschaffen, Klarheit darüber, was die Straßenbahngesellschaft in den nächsten Jahren verpflichtet ist, an neuen Linien auszuführen, und sie darauf festzulegen. Es ist nicht angängig, es der Straßenbahn zu überlassen, selbst den Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem sie den Ausbau von Linien vornehmen will. Wenn die Straßenbahn aus dem Grunde, weil die Ergebnisse des Jahres schlecht sind, von dem Ausbau neuer Linien Abstand nehmen will, so darf das nicht zugestanden werden, da der Schaden bei Wiederkehr normaler Verhältnisse wieder ausgeglichen werden wird.

Ich bitte, den Antrag anzunehmen und damit die Verkehrsdeputation zu ersuchen, Klarheit in die Verhältnisse zu bringen. Wenn wir uns überzeugen, daß eine Tarifierhöhung notwendig ist, werden wir dafür sorgen müssen, daß die Ueberschüsse richtig, aber nicht wieder allein zu einer Erhöhung der Dividende verwandt werden. (Beifall bei den Dem.)

Klenke (M.-S.): Meine Damen und Herren! Der letzte Streik hat im Publikum die Auffassung aufkommen lassen, daß dieser Streik der Gesellschaft sehr gelegen gekommen ist. (Sehr richtig!) Ich teile auch die Ansicht des Herrn Lauts, daß das Vorgehen der Gesellschaft total verkehrt gewesen ist, indem sie nach dem Streik oder gezwungen durch den Streik mit dem Antrage zwecks Tarifierhöhung gekommen ist. Umgekehrt hätte sie verfahren müssen: sie hätte vor dem Streik mit dem Antrag auf Tarifierhöhung kommen müssen. Es ist Tatsache, daß außer in Bremen nur noch drei oder vier Straßenbahnen den 15 Pfennigtarif haben, bei allen anderen städtischen und Privatbahnen besteht ein weit höherer Tarif. Aus diesem Grunde

hätte die Gesellschaft von vornherein, nachdem sie wußte, daß die Lohnverhältnisse nicht mehr zeitgemäß waren, den Antrag stellen müssen, den Tarif zu erhöhen. Meine Parteifreunde hatten anfangs starke Bedenken gegen eine Tarifierhöhung, sie konnten es nicht verstehen, daß die Nationalversammlung mit einer Mehrheit der Sozialisten jetzt einer Privatgesellschaft eine Tarifierhöhung bewilligen könnte. Die Dinge liegen aber so, daß auf Grund der Vertragsverhältnisse für den Augenblick an eine Verstaatlichung der Gesellschaft nicht zu denken ist. Und weil wir nicht wollen, daß das Publikum auf Kosten der Bahnangestellten billig fährt, stimmen wir der Tarifierhöhung zu. Wir knüpfen daran aber bestimmte Bedingungen, die bei den Verhandlungen durchgesetzt werden müssen. Wenn der Tarif um 5 % erhöht wird, muß der Mehrertrag angewandt werden zu einer Steigerung der Löhne und für die Materialkosten, und wenn dann noch ein Ueberschuß verbleibt, muß er unbedingt der Staatskasse zugeführt werden. Weiter glauben wir bei den Verhandlungen erreichen zu können, daß die Konzession in unserem Sinne günstiger für den Staat gestaltet wird. Das muß bei dieser Gelegenheit unter allen Umständen gefordert werden. Weiterhin müssen in dem Konzessionsvertrage Maßnahmen, Sicherheiten dafür geschaffen werden, daß derartige Zustände, wie wir sie in den letzten Wochen in Bremen erlebt haben, nicht wieder eintreten. Wir bewilligen der Gesellschaft eine Erhöhung des Tarifs um 5 %, um sie in die Lage zu versetzen, dem Personal gegenüber gerecht zu werden. Die Staatsbahnen gehen ja denselben Weg, sie haben eine Erhöhung der Fahrpreise vorgenommen, um auf ihre Kosten zu kommen, und ebenso sind Staatsbetriebe, wie das Wasser- und Gaswerk, dazu übergegangen, für ihre Produkte erhöhte Preise zu fordern, um die Verhältnisse stabil zu erhalten. Wenn wir darum eine Tarifierhöhung bewilligen, so wird sich auch das Publikum damit abfinden, besonders wenn die Konzessionsbedingungen in einem für den Staat günstigen Sinn festgesetzt werden; dann können wir mit gutem Gewissen gegenüber dem Publikum mit Recht für die Tarifierhöhung eintreten. (Sehr richtig!) In Bremen ist man bisher sehr billig gefahren, und es wäre schon längst an der Zeit gewesen, eine Tarifierhöhung vorzunehmen.

Fr. Franke (L.-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag und das, was die Vorredner vorgetragen haben, beweisen uns klar und deutlich, daß der Kampf um wirtschaftliche Fragen nicht politisch gelöst werden kann. Rückschauend möchte ich erwähnen, was zur Lösung des Straßenbahnerstreiks in der letzten Zeit geschehen ist. Kurz vor unserer letzten Sitzung tagte in nächtlicher Sitzung ein Schiedsgericht. Zu diesem waren entsandt Vertreter der beiden Mehrheitsparteien dieses Hauses, auf die sich die Regierung gewohnheitsmäßig stützt. (Zuruf: Notwendigerweise!) Diese Kommission fälltte

einen Schiedsspruch, welcher einen Teil, einen großen Teil der von den Arbeitern geforderten Löhne bewilligt. Auf der andern Seite wurde diskutiert über eine eventuell in Aussicht zu nehmende Tarifierhöhung. Eine derartig zusammengesetzte Kommission, die doch ein Schiedsgericht hatte darstellen wollen, hätte sich absolut klar darüber sein müssen, daß die beiden streitenden Parteien, über die Schied gesprochen wurde, nun ein Recht hatten, anzunehmen, daß, wenn dieser Schiedsspruch der einen Partei höhere Löhne bewilligte, der andern Partei eine Erhöhung des Tarifs in Aussicht stellte, dieser Schiedsspruch so bindend war, daß der zur Erfüllung notwendige Beschluß der Nationalversammlung absolut gesichert war. Statt dieser absoluten Sicherheit liegt uns nun ein Antrag vor, dem meine politischen Freunde in dieser Form keineswegs zustimmen können. Wir sollen uns hier mit einer grundsätzlichen Erhöhung des Fahrpreises bereit erklären, aber unter Erweiterung der Rechte des bremischen Staates gegenüber der Straßenbahn. Meine Damen und Herren! Wenn die so zusammengesetzte Kommission eine Erhöhung des Tarifs beabsichtigte, so ist es meines Erachtens nicht richtig, jetzt durch Herrn Senator Schurig oder durch irgend wen sonst die Verhandlungen mit der Direktion der Straßenbahn derart zu führen, daß der eine Kontrahent in dieser Frage, nämlich der Staat, der erst eine Lohnerhöhung zugebilligt hat, eine Tarifierhöhung nur dann in Aussicht stellt, wenn er sich dabei eine Art Provision ausmacht in Gestalt eines erweiterten Rechtes in der Verwaltung der Straßenbahn. Das ist meines Erachtens unbillig, und nach dem, was ich über die Verhandlungen gehört habe, ist es ja in der Kommission so gewesen, daß man die höheren Löhne diktiert hat und man in der Folge dann diese Erhöhung in Aussicht gestellt hat. Meine politischen Freunde sind nun absolut bereit, in der extra zu diesem Zweck in der vorigen Sitzung gewählten vierzehngliedrigen Kommission die Frage gründlich zu prüfen, sie müssen aber an dieser Stelle ausdrücklich dagegen protestieren, daß in dieser Frage, zu deren Beratung diese Kommission nicht Stunden, sondern Tage gebraucht hätte, nun in dieser Weise verfahren wird, daß nun heute abend in dieser Form sofort beschlossen werden soll. Herr Präsident! Das kommt davon, wenn man wirtschaftliche Fragen, die draußen ausgelämpft werden sollen, hier in diese Versammlung hineinträgt. War es nicht ein jämmerlicher Anblick, den unsere Nationalversammlung in der vorigen Sitzung bot, als uns die Hiobsbotschaft erreichte, eine Abordnung der Straßenbahner stehe vor der Tür? Ich habe die beängstigende Anzahl von sechs Leuten draußen gesehen, die wirklich bescheiden auftraten, und habe wirklich nicht verstanden, daß hier der Schreckensruf ertönen konnte: „Wir lassen uns durch die Straße in unsern Beschlüssen nicht beeinträchtigen, wir lassen uns nicht vergewaltigen!“ Das

ist Ihre Schuld. Wir wollen derartige wirtschaftliche Kämpfe hier nicht austragen, denn sie gehören nicht hierher. Und die direkte Folge dieser Tatsache, die auch in Berlin zu verzeichnen gewesen ist, und die man hier nachahmen zu wollen scheint, ist die heutige Situation, durch welche wir das Ansehen der Nationalversammlung ganz gewiß nicht zu heben im Begriff sind. (Lachen links. Zuruf Hagedorn: Die Nationalversammlung hat überhaupt kein Ansehen!)

Präsident: Herr Hagedorn, Sie haben gesagt: Die Nationalversammlung hat überhaupt kein Ansehen. Ich rufe Sie zur Ordnung!

Göze (U. S.): Im Volksmunde wird sie Plappermühle genannt!

Präsident: Ich rufe Sie ebenfalls zur Ordnung!

Francke: Die jetzige Situation und die Art, wie diese Fragen behandelt werden, ist eben die Folge davon, daß die Parteien links von uns versuchen, in solchen wirtschaftlichen Kampf Fragen es allen Parteien gleichzeitig recht zu machen. Derartige Beschlüsse und derartige Erklärungen sind die Folge davon, daß man einerseits den Streikenden zu ihrem Recht verhelfen will und andererseits sich scheut, dem fahrenden Publikum durch eine Tarifierhöhung die Stimmung zu verderben. Man kann nicht zweien Herren dienen; das wollen wir uns in diesem Hause, in dieser Situation und in diesem Augenblick einmal klar gemacht haben. Die Folge der bisherigen Behandlung dieses Schiedsgerichtes, in dem von zwei großen Parteien Vertreter saßen und außerdem ein Unabhängiger als Arbeitervertreter, ist doch klar: es war die Ungerechtigkeit, die darin bestand, daß man von uns keinen Vertreter hinzugezogen hatte, was ich neben andern Ungeschicklichkeiten für eine besondere Ungeschicklichkeit halten möchte. Herr Präsident! Die Folge dieser vielen Ungeschicklichkeiten ist eine lang anhaltende Beunruhigung weite Kreise; denn entweder entbrennt der Streit aufs neue, oder wir fassen den uns zugemuteten unglücklichen Beschluß auf als Folge von Versprechungen, die von politischen Parteien gemacht worden sind, weil sie Vertreter in diese Kommission entsandt haben. Durch das Geschehene ist niemandem geholfen, am allerwenigsten den Arbeitern der Straßenbahn, die jetzt acht Tage lang mit dem Bewußtsein ihren Dienst haben tun müssen, am kommenden Sonnabend die schwere Konfliktfrage von neuem beantworten zu müssen, ob abermals gestreift werden soll. Arbeiterfreundlich haben weder die Herren der Deputation, noch die Herren von ganz links, die in dieser Schlichtungskommission mitgeholfen haben, gewirkt. Wenn jemand arbeiterfreundlich gewirkt hat, dann waren es ausschließlich meine politischen Freunde! (Stürmisches Gelächter links.) Sie waren es deshalb, weil sie in der vorigen Sitzung

die Dringlichkeit abgelehnt haben. (Erneutes Gelächter.) In der gesamten Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, hat das Verhalten der übrigen Parteien dieses Hauses nicht die beabsichtigte schnelle Lösung der Krisis gebracht, sondern im Gegenteil eine Verlängerung der Krisis bis zum heutigen Tage und vielleicht noch darüber hinaus. Es ist falsch und bleibt falsch, wirtschaftliche Kämpfe durch die Diktatur politischer Parteien lösen zu wollen, sie werden immer nur entschieden durch das freie Auswirken der aufgelösten Kräfte. Praktiken dieser Art müssen in solchen Fragen entschieden zurückgewiesen werden. Herr Garves, der gewohnheitsmäßig in der alten Bürgerschaft über die Straßenbahn redete, sagte gelegentlich einer seiner besten Reden über die Straßenbahn einmal zu Beginn: „Da haben wir nun den Kladderadatsch!“ Herr Garves, jetzt haben wir ihn aber gründlich! (Heiterkeit.) Zu dem vorliegenden Antrage habe ich zu erklären, daß wir ihm in dieser Form nicht zustimmen können. Wir stellen in dieser Frage folgenden Antrag:

Die Nationalversammlung beauftragt die Verkehrsdeputation mit den nötigen Erhebungen, in welchem Umfange eine Erhöhung der Fahrpreise bei der Bremer Straßenbahn geboten ist.

Dem Antrage Fauth-Wenhold können wir, wie gesagt, nicht zustimmen, es sei denn, daß die Worte gestrichen werden „unter Erweiterung der Rechte des bremischen Staates gegenüber der Straßenbahn.“

Sommer (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Parteifreunde werden für diesen Antrag Fauth-Wenhold stimmen, weil wir uns schon in der Fraktion darauf festgelegt haben und wir keine andere Möglichkeit sehen, die Straßenbahn wieder in Bewegung zu setzen. Wir wollten die Bevölkerung von einem Uebel befreien, und das ging nicht anders, als indem man den Arbeitern entgegenkam, und auf der andern Seite auch nach Mitteln und Wegen suchen mußte, um diese Summen, die in Frage kamen, aufzubringen. Und da geht es nicht anders, als daß man den höheren Tarif einführt. Ich habe selbst der Kommission angehört. Die Kommission hat aber nicht, wie Herr Francke meinte, vorweg sich festgelegt, indem sie der Straßenbahn nun eine Erhöhung der Fahrpreise zugesagt hat, sondern es ist in dieser Kommission so verfahren worden, wie Herr Francke immer verfährt, wenn er mit seinen eigenen Arbeitern verhandelt, in der Weise nämlich, daß man zu den Forderungen eine Gegenrechnung aufstellt, wie diese Summen aufgebracht werden sollen. Also genau so hat diese Kommission verfahren. Sie konnte nun den Arbeitern sagen: Wir haben geprüft, wir sind der Ueberzeugung, daß eine höhere Löhnung gezahlt werden muß; aber wir sehen auf der andern Seite ein Loch, das gestopft werden muß. Und wir können nur empfehlen, diesen Weg zu gehen, nämlich, an die Nationalversammlung

heranzutreten, um die Mittel zu schaffen. Nun geht es so, wie es bei Herrn Francke gehen wird, der einfach die höheren Preise auf die Gasanstalten aufschlägt, so daß diese höheren Preise letzten Endes in den erhöhten Gaspreisen zum Ausdruck kommen. Und in diesem Falle wird also die Lohnerhöhung der Straßenbahner in den erhöhten Fahrpreisen zum Ausdruck kommen. Sie sehen also, daß die Kommission absolut nichts mit der Fahrpreiserhöhung zu tun hat, sondern daß sie nur eine Prüfung vorgenommen hat, wie die Möglichkeit eines Ausgleichs geschaffen werden kann. Wichtig ist auch, daß meine Freunde mit schwerem Herzen dieser Sache zustimmen. Wir von links denken an die hohen Dividenden, und wenn wir die Dividende, die im vorigen Jahre verteilt worden ist, zugrunde legen wollten, würden wir dagegen stimmen. Nun haben wir gerade in der letzten Sitzung von der rechten Seite eine lange Debatte gehört über die Straßenbahn nach Huchting. Wenn man so einen Antrag vertritt, dann muß man doch auch an die Mittel denken, die für diese neue Linie erforderlich sind, und da sind wir der Ueberzeugung, daß diese Erhöhung um 5 M noch gar nicht einmal reichen wird, um alle die Anforderungen zu befriedigen, die sich ergeben werden. Denn wir müssen da an den Ausbau ganzer Straßen herangehen, und da müssen wir an die vertraglichen Verpflichtungen der Straßenbahn auf Pflasterarbeiten usw. denken. Und da bin ich der Ueberzeugung: wenn hier der Staat von seinem Rechte ausdrücklich Gebrauch macht, so wird von den 5 M absolut nichts übrig bleiben. Gewundert hat mich heute nun, daß das Material heute auf einmal bedeutend besser geworden ist, als in der Sozialisierungskommission geschildert wurde. Heute ist es nach den Worten des Herrn Meyer, der es doch wissen muß, sogar sehr gut gewesen, (Heiterkeit) sozusagen erstklassig. Und da muß ich sagen, daß ich wirklich sehr angenehm enttäuscht worden bin. Und wenn wir uns in Zukunft wieder einmal mit der Sozialisierung beschäftigen werden, dann wissen wir ja Bescheid. Es ist also gutes englisches Material, Herr Direktor Meyer. Herr Lauts hat dann sehr kräftige Worte, denen ich mich nur anschließen kann, in bezug auf die Schuld der Direktion der Straßenbahn gesagt. Auch ich bin überzeugt, daß die Direktion es in der Hand gehabt hätte, den Streik zu verhindern. Sie hat das aber nicht gewollt. Und darum verstehe ich die Schlussfolgerung des Herrn Meyer nicht, daß die Arbeiter wieder einmal die Schuld hätten. In Wirklichkeit hat Herr Lauts, der die Straßenbahn sehr genau kennt, sehr richtig ausgeführt, daß die Direktion es versäumt hat, sich rechtzeitig an den Staat zu wenden. Dann hätte man darüber reden können. Wenn aber gesagt worden ist, daß, wenn von vornherein ein Schiedsgericht eingesetzt wäre, die Arbeiter damals daselbe bekommen haben würden,

was sie jetzt bekommen, so möchte ich das bezweifeln. Ich als alter Gewerkschaftsführer weiß, wie die Sachen beeinflusst werden, wenn sie vier Wochen hingehalten werden. Wir haben es oft erlebt, daß Forderungen der Leute anfangs glatt abgelehnt, nachdem ein Streik aber ein paar Wochen gedauert hatte, bewilligt wurden. So hat man auch in dieser Hinsicht den Arbeitern mehr Entgegenkommen gezeigt als vor dem Streik. Herr Francke ist selbstverständlich ein Gegner der Forderungen, denn er weiß, wenn sie bewilligt werden, seine Arbeiter die Schlussfolgerungen daraus ziehen werden und daselbe fordern werden. (Francke (L.-B.): Unsere Arbeiter verdienen schon mehr!) So erfreulich es ist, zu hören, daß bei den Arbeitern bei Herrn Francke bessere Zustände herrschen, so muß ich doch dabei bleiben, daß die Arbeiter in diesem Falle bei Herrn Francke den Antrag stellen würden, daß er mehr bezahlen müsse. Was den Antrag anbetrifft, so bin ich der Ueberzeugung, daß es der Verkehrsdeputation in kurzer Zeit gelingen wird, mit der Straßenbahndirektion ein Einvernehmen zu erzielen, und daß ein Vertrag zustande kommen wird, der zum Besten der Bevölkerung ist. Ich bin auch der Ueberzeugung, daß dann von den bewilligten 5 M nichts übrigbleiben wird, sondern daß alle neuen Ueberschüsse zum Besten der Allgemeinheit Verwendung finden werden.

Dr. Hertel (Chr. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es verfrüht ist, augenblicklich schon Stellung dazu zu nehmen, ob der Tarif von 15 auf 20 M zu erhöhen ist. Ich muß offen sagen, daß diejenigen, die in diesem Saale sind und die sich außerhalb dieses Hauses vorher gebunden haben, bei der Beschlussfassung einfach abgelehnt werden müßten wegen der Besorgnis der Befangenheit. Dieser Einwand ist mit Recht zu machen. Und da eine solche Befangenheit angenommen werden muß, kann es mir niemand übelnehmen, wenn ich das Zahlenmaterial, was Herr Meyer zur Begründung seines Antrages angeführt hat, anzweifle. Man kann im gegenwärtigen Augenblick noch gar nicht übersehen, ob der Jahresabschluß in diesem Jahre um eine Million schlechter sein wird. Ich glaube, selbst der beste Direktor oder Proturist oder Bücherrevisor kann sich im Augenblick noch kein klares Urteil darüber bilden, wie der Abschluß für dieses Jahr sein wird. Wenn nun solches Material hier vorgetragen wird, so geschieht das wohl nur, um seine Bindung außerhalb dieses Hauses in diesem Hause durch das Material zu rechtfertigen. Es ist selbstverständlich, daß die Erhöhung der Löhne für die Arbeiter und Angestellten der Straßenbahn eine Erhöhung der Fahrpreise zur Folge haben muß, das ist natürlich, und niemand in diesem Hause wird das leugnen. Aber niemand kann genau beurteilen, um wieviel Prozent die Erhöhung stattzufinden

hat. Es ist darum zu bedauern, daß ein großer Teil dieses Hauses mit gebundener Marschroute in den Sitzungssaal hineingekommen ist. Es ist darum sehr schwer, dagegen etwas auszurichten. Und wenn wir zwei, drei Stunden reden und das beste Material beibringen, so wird man uns doch sagen: Recht habt Ihr, Eure Gründe sind durchschlagend, aber wir haben unser Versprechen einmal gegeben und können darum nicht von dem abgehen, was wir vereinbart haben. Es wäre zu wünschen, daß die Herren von diesem Zwange befreit würden und daß eine freie Meinungsäußerung stattfinden könnte.

Im übrigen fordert die Gerechtigkeit, daß der Zonentarif eingeführt wird. Es ist doch ungerecht, daß Leute, die meinetwegen in der Lüneburgerstraße wohnen und die drei oder vier Kinder täglich zur Schule schicken, für jede Fahrt eines jeden Kindes ebenjogut 20 M bezahlen sollen wie Leute, die aus dem bremischen Gebiet zur Stadt fahren. Aber weitere Erörterungen hier haben keinen Zweck, weil die Herren gebunden sind.

Braich (D.): Nachdem sich fast alle Redner dafür ausgesprochen haben, wird jedenfalls der 20 Pfennigtarif angenommen werden. Ich glaube, die Straßenbahn ist noch nie in der Lage gewesen, so schnell eine Erhöhung des Tarifs zu bekommen als diesmal. Ich habe früher in der Deputation wegen der Straßenbahn geessen und weiß, wie schwer es immer gewesen ist, von der Straßenbahn etwas zu bekommen. Wenn der Bericht von der Deputation kam, wurde er an eine Kommission verwiesen, und dann hat es auch noch im Plenum großer Kämpfe bedurft, bis die Sache erledigt war. Nun, vielleicht ist es ja anders, wenn die ganze Sache an die neue Verkehrsdeputation überwiesen wird. Aber der neue Tarif sollte doch nicht bewilligt werden, wenn wir nicht mindestens die Sicherheit erhalten, daß die Forderungen erfüllt werden, die die alte Bürgerschaft am 10. Dezember 1913 aufgestellt hat. Die Bürgerschaft hat damals die Herstellung der beantragten Gleisschleife um das Handelsmuseum genehmigt (die Schleife ist ja später vor dem Tivoli angelegt) gegen die Verpflichtung der Bremer Straßenbahn, die Linie 8 bis zum Innern der Stadt durchzuführen. Das macht gar keine Mehrkosten, ist aber von großem Vorteil für die Bewohner des Landgebiets, die dann in Gröpelingen nicht umzusteiigen brauchen.

Dr. Gildemeister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befinden uns bei dieser Frage gegenüber dem Antrage der Mehrheitsfraktionen in einer außerordentlich schwierigen Situation. Ich habe erst heute morgen den Brief bekommen, wodurch mir der formulierte Antrag der Mehrheitsfraktionen mitgeteilt wurde. Die Mehrheit des Hauses hat sich auf diesen Antrag festgelegt. Ich glaube aber doch,

daß die Stellung der Mehrheitsparteien nicht dahin gehen kann, daß die Dinge, die in der Nationalversammlung verhandelt werden sollen, und die von dem Entscheid der Nationalversammlung abhängen, insbesondere Finanzfragen, vorher verabschiedet werden durch eine Gruppe, die sich als ein geschlossener Block in der Nationalversammlung als Mehrheit konstituiert hat, daß diese die Sachen unter sich erledigt und ihre Beschlüsse den übrigen Parteien gewissermaßen nur zur Notiz gibt. Es ist ein besonders unerfreuliches Verhältnis, das dadurch entstanden ist, daß sich die Gruppe in dem Lohnkampf bei der Straßenbahn festgelegt hat. Das war in doppelter Beziehung verkehrt. Es ist schon erwähnt, daß es grundsätzlich falsch ist, in einen schwebenden Lohnkampf einzugreifen. Ferner kommt in Frage, daß die Nationalversammlung ja doch Hüter dieses Tarifs ist, da der Staat in einem Vertragsverhältnis mit der Direktion der Straßenbahn steht. Die Nationalversammlung, die eine Schiedsrichterrolle spielen will, darf sich nicht vorher festlegen. Der Antrag der Mehrheitsparteien wegen der Tarifierhöhung nimmt der Verkehrsdeputation das Urteil vorweg. Das soll dadurch etwas schmählicher gemacht werden, daß von den beiden Fraktionen für den Staat bei dieser Gelegenheit einige Vorteile herausgeholt werden sollen. Meine Damen und Herren! Das widerspricht der Loyalität, wenn man sich in den Lohnkampf einmischt und der Direktion sagt: Wir bewilligen dir die Tarifierhöhung, damit du die Löhne erhöhen kannst, dabei aber nicht stehen bleibt, sondern noch weiter sagt: Für uns soll dabei auch noch etwas herauskommen für die Vermittlerrolle, die wir uns angemacht haben. Eine solche Forderung ist nicht zum Vorteil der Sache. Die Verkehrsdeputation, der das nötige Material vorzulegen ist, hat die Sache zu prüfen, sie hat zu berichten, und die Nationalversammlung hat danach zu beschließen. Durch das Vorgehen der Mehrheitsfraktionen wird ihr aber ein Beschluß aufgezwungen und die Nationalversammlung in eine Zwangslage versetzt. Bei dieser Sachlage muß der Versuch, bei den Verhandlungen Vorteile für den Staat zu erringen, ausscheiden. Das haben eben die Mehrheitsparteien verwirkt durch ihr Vorgehen. (Gelächter. Henrici: Angemessene Tarifierhöhung!) Was heißt: angemessene Tarifierhöhung? Soll das heißen: 20 M ? (Henrici: Um die Lohnerhöhung auszugleichen! Ich habe den Antrag nicht vor mir. Präsident: Sie dürfen sich jetzt nicht orientieren für Ihre Rede, das geht nicht! Heiterkeit.) Wir hatten jedenfalls den Antrag so aufgefassen, daß ein 20 Pfennigtarif kommen sollte. (Präsident: Herr Doktor, sind Sie fertig?) Nein! Nein! Meine Damen und Herren! Dieser Zwischenfall erweist ja gerade, daß eine Prüfung der Unterlagen eine unumgängliche Voraussetzung einer etwaigen Annahme des Antrages ist, und daß ohne sie überhaupt nicht verhandelt werden kann. Wir müssen wissen,

welche Tarifierhöhung sachlich begründet ist, und da muß uns die Deputation die nötigen Vorarbeiten liefern.

Fauth (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin in der angenehmen Lage, mich auch einmal gegen rechts wenden zu müssen, und möchte vor allem auf das allerentschiedenste dagegen protestieren, daß sich die Mehrheitsparteien irgendwie festgelegt haben, daß sie mit einer bestimmten Marschrouten hierhergekommen wären. Allerdings sind wir mit einer bestimmten Marschrouten hierhergekommen, aber auf Grund unserer eingehenden Beratungen innerhalb unserer Fraktion. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Meine Damen und Herren! Wenn Sie von rechts sich dagegen wenden, daß unser Antrag angenommen wird, so wissen wir, daß Sie das nur tun, weil Sie nicht dafür zu haben sind, daß der Staat gegenüber der Straßenbahn erweiterte Rechte hat. (Professor Diez: Im Gegenteil!) Das geht doch sehr deutlich aus den Ausführungen hervor, die Herr Franke vorhin gemacht hat, außerdem aus seinem Antrage, den betreffenden Passus in unserm Antrage zu streichen. (Professor Diez: Nein! Nein!) Und wenn Herr Professor Diez noch so sehr „Nein“ ruft, so ist es trotzdem richtig. (Professor Diez: Nein! — Heiterkeit.) Wenn Herr Dr. Gildemeister meint, daß wir eine Erweiterung der Rechte des Staates verwirkt hätten dadurch, daß wir diesen Antrag stellen, so ist er im Irrtum, denn der Zusatz lautet: „unter Erweiterung der Rechte des Staates gegenüber der Straßenbahn“. Unter dieser Bedingung sind wir mit der Tarifierhöhung einverstanden. (Zuruf rechts: Haben Sie das auch im Schiedspruch gesagt?) Im Schiedspruch haben wir keinen Vorbehalt zu machen gehabt, aber wir haben da als Schiedsrichter gewirkt und gesagt „unter einer angemessenen Erhöhung des Tarifs“. (Zuruf: 20 S-Tarif!) Meine Damen und Herren! Der existiert nur in Ihrer Phantasie. Ich für meine Person habe mich stets und ständig dagegen gewandt, mich auf den 20 S-Tarif festzulegen, sondern nur gesagt, daß er angemessen erhöht werden müsse, weil wir die Kalamität überhaupt beseitigen wollten, die darin bestand, daß die Arbeiter auf der Straße lagen. Oder sollte die Allgemeinheit noch länger auf Kosten der Straßenbahner billiger fahren? Das konnten wir doch nicht verantworten. Wir haben uns alle Mühe gegeben, die Sache schnell beizulegen, die konnte nicht erst in einer Deputation oder Kommission lange beraten werden. Aber das möchte ich doch erklären, daß wir uns in keiner Weise gebunden haben, den Tarif auf 20 S zu erhöhen, sondern nur, angemessen zu erhöhen. Daß wir, wie Herr Franke sagt, den Kladderadatsch haben, das haben wir aus seiner Rede nicht entnommen, denn er hat während seiner ganzen Rede ein so freundliches Gesicht gezeigt, daß das wirklich nicht der Fall sein konnte. Ich bin überzeugt: wenn Herr Franke bei der Straßen-

bahn Einfluß gehabt hätte, dann hätten wir noch weniger Kladderadatsch gehabt. Aber die Direktion hat sich so hartherzig gezeigt, daß es zu einem Kladderadatsch kommen mußte. Deshalb wirken Sie auf die Direktion der Straßenbahn etwas mehr in diesem Sinne ein, dann wird es nicht mehr zu solchen Verkehrshindernissen kommen. Herr Franke hat gesagt: wir lassen uns nicht beeinflussen durch die Straße. Meine Damen und Herren, wenn wir in der letzten Sitzung die Möglichkeit gehabt hätten, die Sache beizulegen, dann hätten wir es da schon gemacht, dann brauchten wir uns heute nicht mehr damit zu befassen. Aber wir haben uns nicht davon leiten lassen, daß hier draußen Leute standen, sondern von dem Willen, die Kalamität zu beseitigen. Nicht diese sechs Mann, die draußen standen, auch nicht die andern, die in Versammlungen waren, haben uns beeinflusst, sondern wir haben uns lediglich davon leiten lassen, den Betrieb der Straßenbahn wieder in Gang zu bringen, damit die unzähligen Berufstätigen, damit die vielen Kriegsbeschädigten nicht zu Fuß zu gehen brauchten. Der Vorwurf, daß wir eine Ungeschicklichkeit begangen hätten, besteht nur in Ihrer Phantasie. Aber mir scheint, daß aus Ihren Ausführungen der Aerger spricht, daß Sie nicht mehr wie früher handeln können. Denn was haben Sie früher gemacht? Niemals haben Sie früher Arbeiter herangezogen, Sie haben in der alten Bürgerschaft von der sozialdemokratischen Fraktion niemand dabei haben wollen, wenn etwas derartiges gemacht werden sollte. Und da werden Sie begreifen, daß wir heute Sie nicht darin haben wollen. (Unruhe.) Wir haben in diesem Falle lediglich die Mehrheitsparteien und außerdem einen Vertreter des Gewerkschaftsartells dabei gehabt. Hätten wir den nicht mit dazu berufen, dann wären wir geradezu leichtsinnig gewesen. Dann hat Herr Sommer gesagt, daß die vier Wochen Streikdauer ganz wesentlichen Einfluß gehabt hätten. Meine Damen und Herren! Das kann ich nicht so ohne weiteres als richtig gelten lassen. Ich hätte vier Wochen vorher denselben Standpunkt eingenommen und vertreten, den ich jetzt einnehme, auf Grund der schlechten Einkommen der Straßenbahner. Man hätte aber von seiten der Straßenbahner wohl einen anderen Weg einschlagen können, und es wird für die Zukunft vielleicht empfehlenswert sein, daß man alle anderen Mittel erschöpft, ehe man zur Arbeitsniederlegung schreitet.

Was dann Herrn Dr. Hertel betrifft, daß es verfrüht sei, heute schon zu sagen, welcher Tarif bewilligt werden müsse, so ist das gar nicht stichhaltig. Das ist ein recht sadenscheiniger Einwand. Jeder, der mit diesen Dingen einigermaßen Bescheid weiß — und Herr Dr. Hertel versteht doch auch damit umzugehen — der muß doch einsehen, daß, wenn es in ganz Deutschland nur noch drei Städte gibt, die mit Bremen einen 15 S-Tarif haben — und es sind das, nebenbei bemerkt, nur kleine Städte — Bremen damit nicht mehr auskommen kann. Es ist also ein Ding der

Unmöglichkeit, den 15 $\mathcal{L}$ -Tarif beizubehalten, und ich befürchte, daß wir uns vielleicht schon im Januar damit zu beschäftigen haben werden, auch diesen Tarif schon wieder und zwar auf 25 $\mathcal{L}$ zu erhöhen.

Dr. Gildemeister (L.-B.) zur tatsächlichen Aufklärung: Zur Behebung von Mißverständnissen möchte ich nur erklären: in diesem Antrage Fauth-Wenhold ist eine Erhöhung des Fahrpreises auf 20 $\mathcal{L}$ vorgesehen, und da die beiden Parteien der Mehrheit diesen Antrag stützen, haben sie sich darauf festgelegt, und weil sie die Mehrheit haben, auch die Nationalversammlung. Von den Abmachungen des Schlichtungsausschusses habe ich mit keinem Wort gesprochen. Herrn Fauth gegenüber bemerkte ich, daß mir, der ich selbst der früheren Bürgererschaft nicht angehört habe, das damalige Verfahren nicht bekannt ist und ich deshalb auch nicht für etwaige frühere Sünden der alten Bürgererschaft büßen kann. Aber ich möchte doch Herrn Fauth gegenüber feststellen, daß, nach Mitteilung meiner Freunde, in der früheren Bürgererschaft der Sozialdemokrat Voigt in der Kommission gegessen hat.

Göze (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Sommer hat bereits den Standpunkt unserer Fraktion klargestellt. Was mich jetzt veranlaßt, das Wort zu nehmen, sind die Ausführungen, die Herr Direktor Meyer gemacht hat, indem er sagte, daß die Arbeiter ruhiger sein sollten, daß sie noch etwas warten sollten, ehe sie die Arbeit niederlegten. Ich glaube, Herrn Meyer sagen zu dürfen, daß die Straßenbahner sich für diesen Vorschlag bestens bedanken, denn das, was Sie wünschen, das haben die Arbeiter der Straßenbahn getan, und es ist bedauerlich, daß der Vorsitzende einer Arbeiterorganisation, der Herr Klenke doch ist, diesen Vorwurf, der leider auch von Herrn Fauth gemacht worden ist, nicht sofort zurückgewiesen hat. Die Arbeiter der Straßenbahn haben am 20. August ihre Forderungen eingereicht und erst am 22. September die Arbeit eingestellt. In der Zwischenzeit sind alle Mittel versucht worden, um den Verkehr nicht zum Stillstand zu bringen. Ich unterstütze hier vollständig das, was Herr Lauts gesagt hat, daß die Direktion der schuldige Teil ist. Meine Damen und Herren! Herr Direktor Meyer hat sehr viel mit Zahlen, mit Millionenziffern herumgeworfen. Ich kann leider dank meiner geringen Dorfschulbildung mich in diese Millionen nicht so schnell hineinfinden. Aber ich habe festgestellt, daß die Straßenbahn durch Erhöhung des Tarifs eine tägliche Mehreinnahme von 9000 $\mathcal{M}$ erzielt. Würde diese tägliche Mehreinnahme von 9000 $\mathcal{M}$ lediglich den Straßenbahnern zugeführt, könnten diesen 7.50 $\mathcal{M}$ täglich mehr an Zulagen bewilligt erhalten; aber heute gibt es noch Arbeiter bei der Straßenbahn, die nach dem Streik nur 4.40 $\mathcal{M}$ Zulage täglich erhalten. Also es scheint doch, daß die Straßenbahn noch ganz ansehnliche Ueberschüsse erzielen wird. Meine

Damen und Herren! Wir sind sehr mißtrauisch gegen diese Zahlen, wenn sie uns von Direktoren vorgetragen werden. Aus unserer Praxis heraus wissen wir, daß die Unternehmer, wenn wir mit ihnen über Löhne verhandeln, immer sagen, das Geschäft sei unrentabel, und sie könnten infolgedessen nichts bewilligen. So war es auch hier. Im Jahre 1911 war es genau dasselbe Manöver; die Straßenbahn erklärte, daß sie nicht imstande wäre, etwas zu bewilligen, das Geschäft würde es nicht mehr ertragen. Trotzdem hat sie eine sehr ansehnliche Dividende gehabt. Wenn wir nun dem Staat der Straßenbahn gegenüber vermehrte Rechte geben, und wenn nun infolge der Tarifierhöhung ansehnliche Mehrüberschüsse erzielt werden, dann hätten wir ja die beste Gelegenheit, diese Ueberschüsse dazu zu verwenden, die miserablen Straßen zu verbessern. Da werden der Straßenbahn schon keine Ueberschüsse bleiben.

Nun hat sich Herr Frande auch über den Schlichtungsausschuß geäußert. Ich bin auch dort gewesen als Vertreter der Arbeiter. Aber Herr Frande, nehmen Sie es mir nicht übel: wenn Sie mit dazwischen gewesen wären, es wäre nichts Besseres dabei herausgekommen. Denn auch Sie hätten nicht objektiv darüber urteilen können, und wenn Sie für höhere Löhne eingetreten wären, dann wären Ihre Arbeiter — trotzdem Sie sagen, daß sie zufrieden wären — am nächsten Tage gekommen und hätten auch mehr Lohn verlangt.

Entschieden möchte ich mich gegen den Vorschlag von Herrn Dr. Hertel wenden, einen Zonentarif einzuführen. Wir müssen uns entschieden dagegen verwahren, daß die Herrschaften in der Stadt für 15 $\mathcal{L}$ fahren können, während die Arbeiter, die an der Peripherie der Stadt wohnen, 20 $\mathcal{L}$ für eine Fahrt zahlen. Sorgen wir dafür, daß die Straßenbahn ihren Verpflichtungen voll nachkommt und keinen Rückhalt bei der Regierung hat, wenn sie das nicht tut.

Kunoth (D): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß mich gegen die Ausführungen des Herrn Frande wenden, daß hier in einer wirtschaftlichen Frage Parteipolitik getrieben wäre. Wenn jemals Parteipolitik bei einer Sache keine Rolle gespielt hat, so ist das diesmal der Fall gewesen. Ich persönlich würde nichts dagegen haben, im Gegenteil, ich würde es für wünschenswert halten, wenn bei solchen Gelegenheiten auch die Rechte und die äußerste Linke hinzugezogen werden. Aber in diesem Falle ist die Sache ungeheuer eilig gewesen. Im übrigen kann ich den Herren von der Rechten nur raten, sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse zu stellen und sich der Arbeitsgemeinschaft der Demokraten und der Mehrheitssozialisten anzuschließen, dann werden sie in Zukunft zu allen solchen Fragen hinzugezogen werden. (Sehr richtig!) Wie lag denn die Sache? Die Straßenbahner hatten sich bekanntlich an die betreffenden Fraktionen gewandt und sie um Hilfe gebeten gegenüber der Direktion

der Straßenbahn, damit ihre Lohnforderungen erfüllt werden könnten. Es mußte schnell gehandelt werden, um die Streikkalamität zu beseitigen. Donnerstag mittag fanden die ersten telephonischen Verhandlungen statt, und am Abend desselben Tages die Sitzung des neuen Schlichtungsausschusses, wie er in der Eile zusammengestellt war, und zwar, wie ich Herrn Francke gegenüber extra erwähnen will, unter Zuziehung von zwei völlig unparteiischen Richtern, den Vorsitzenden von längst bestehenden gesetzlichen Schlichtungsausschüssen. Parteipolitik hat also dabei gar keine Rolle gespielt, sondern nur praktische Erwägungen.

Meine Damen und Herren! Herr Francke stellt es so dar, als ob etwas versiebt worden sei. Man ist auf der rechten Seite bemüht, diese ganze Sache parteipolitisch auszunutzen und in die Öffentlichkeit den Gedanken hineinzuwurfsen, als sei von den Mehrheitsfraktionen etwas verkehrt gemacht worden. (Sehr richtig!) Sicher ist aber, daß, wenn von der Rechten auch zwei Abgeordnete zugezogen gewesen wären, es auch nicht anders gekommen wäre wie jetzt, und die Herren würden sagen: Was beschlossen wurde, ist richtig! (Sehr richtig!) Ich möchte nochmals erwähnen gegenüber der Rechten: Es ist niemals bei diesen ersten Verhandlungen mit den Direktoren und den Straßenbahnangestellten und nachher im Schlichtungsausschuß ausgesprochen, daß der 20 Pfennigtarif eingeführt werden solle, sondern es ist nur gesprochen von einer angemessenen Tarifierhöhung. (Sehr richtig!) Das bedeutete: Ihr Straßenbahner könnt ruhig euren Dienst antreten, ihr könnt gewiß sein, daß die neuen Löhne, soweit sie anerkannt sind, erfüllt werden, weil wir in der Nationalversammlung die Mehrheit haben und auf alle Fälle soviel bewilligen werden, als nötig ist, um diese Lohnerhöhungen decken zu können. Dagegen ist doch nichts anzuführen. (Zustimmung.) Es ist also von den Mehrheitsfraktionen nichts versiebt worden. Der Streik mußte beendet, und es mußte möglichst schnell gehandelt werden. Wir sind den Herren der Kommission und dem Schlichtungsausschuß zu großem Dank verpflichtet, daß sie so schnell gehandelt und Bremen von der großen Kalamität befreit haben. (Sehr richtig!) Daran müssen wir festhalten.

Herr Francke sagte ferner, wir hätten die Vorteile für den Staat verwirkt. Auch das stimmt nicht. Unser heutiger Antrag, den Tarif zu erhöhen und Vorteile für den Staat bei der Straßenbahn herauszuholen, ist gestellt worden, weil der bestehende Vertrag schlechte Stellen besitzt, die wir versuchen wollen zu beseitigen und um damit für den Staat etwas herauszuholen. Bei dieser Arbeit wirken ja auch die Herren von der äußersten Rechten in der Verkehrsdeputation mit. Sie werden später zu der Einsicht kommen, daß alles gut ist, was bisher von uns getan ist, daß alles geschehen ist, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, und sie werden

den Mehrheitsparteien später wo möglich noch einmal ihren Dank aussprechen. (Beifall.)

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Direktor Meyer (D.) (Schlußwort): Verärgerung ist ein schlechter Zeitfaden für sachliche Erörterungen. Aus den Ausführungen der beiden Redner der Rechten klang eine gewisse Verärgerung gegen die Mehrheitsparteien, aus denen der Mehrheitsparteien gegen die Straßenbahn heraus. Ich bedauere eine solche Verärgerung, da sie das objektive Urteil trübt. Die Herren von der Rechten verkennen, daß in unseren Vorbesprechungen und im Schlichtungsausschuß von einer Bindung gar keine Rede sein kann. Das vergißt auch mein Freund, Herr Francke, der auch sonst in seinen Ausführungen einige abwegige Behauptungen bezüglich Politik und wirtschaftlicher Kämpfe aufgestellt hat, als er von den Arbeiten des Schlichtungsausschusses sprach, an denen seine Freunde nicht beteiligt gewesen seien. Herr Kunoth hat schon dargelegt, wie die Sache verlaufen ist. Unsere Stellung als Regierungspartei legt uns gewisse Verpflichtungen auf. Wir haben die Aufgabe, wenn an die Regierung die Anforderungen gerichtet werden, ein öffentliches Vergernis zu beseitigen, der Regierung zu helfen. Der Berliner Schlichtungspruch hat der Nationalversammlung nahegelegt, eine Erhöhung des Tarifs vorzunehmen, damit die Straßenbahn die Forderungen der Arbeiterschaft, soweit sie sich als berechtigt erweisen, erfüllen kann. Herr Bürgermeister Deichmann hat darauf mit den Fraktionsvorständen der Mehrheitsparteien darüber beraten, was unter den gegebenen Verhältnissen zu tun wäre. Unsere Partei hat es für ihre Pflicht angesehen, Vertreter in das Schiedsgericht zu entsenden, das aber nicht zu groß sein durfte, um in kurzer Zeit ein Urteil abgeben zu können. Dadurch, daß die Rechte hinzugezogen wäre, würde am Resultat sich nichts geändert haben. Es hätte aber die Gefahr bestanden, daß dadurch die Entscheidung sich verzögert hätte.

Dann noch einiges zu den Worten des Herrn Rechtsanwalts Dr. Hertel. Ich bin durchaus der Ansicht, daß Juristen alles verstehen, (Heiterkeit) Bilanzahlen aber, glaube ich, können sie nicht so lesen wie Leute, die tagtäglich sich mit solchen Sachen beschäftigen. Wenn man auf der einen Seite die Einnahmen und auf der anderen die Ausgaben der Straßenbahn kennt, sollte man in der Lage sein, mit ziemlicher Sicherheit — wenn auch nicht auf Mark und Pfennig — voranzusagen, daß der Abschluß so und so sein wird — auf 50 000 M. mehr oder weniger kommt es dabei natürlich nicht an. Wenn Herr Dr. Hertel dazu nicht in der Lage ist, so ist das lediglich ein Beweis dafür, daß er sich mit derartigen Fragen in der Vergangenheit noch nicht viel beschäftigt hat. (Dr. Hertel: Ich bin doch kein Hellseher!)

Dazu braucht man kein Hellscher zu sein, (Heiterkeit) Weiter wirtschaftlicher Unternehmungen müssen dazu in der Lage sein, ein Jurist vielleicht nicht.

Bezüglich der Ausführungen des Herrn Göge möchte ich noch erwähnen, daß es außerordentlich schwierig ist, aus den täglichen Jahreinnahmen zu schließen, welche Mehreinnahme sich nach Erhöhung des Tarifes ergeben wird. Herr Göge sprach davon, daß die Gesellschaft nach Erhöhung des Tarifs täglich 9000 M. mehr einnehmen werde. Wenn das auch vielleicht richtig sein sollte, so ist dabei doch nicht berücksichtigt, daß einmal die Verkehrssteuer in Abzug zu bringen ist und ferner der Ausfall der sogenannten Kurzfahrer nicht berücksichtigt ist.

Ich glaube, daß mir niemand nachjagen wird, daß ich durch die Angabe meiner Zahlen beabsichtigt hätte, für die Direktion und die Aktionäre der Straßenbahn zu sprechen, ich glaube aber für mich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß ich ein absolut sachliches Urteil abgeben kann. Ich habe auch nicht gesagt, daß es auf ein halbes Prozent Dividende mehr oder weniger nicht ankomme, sondern ich habe lediglich gesagt, wir müßten diese Frage etwas großzügiger behandeln, und es ist zu bedauern, daß verschiedene Teile des Hauses diese Großzügigkeit vermissen lassen. Wenn man unsere wirtschaftliche Lage ansieht, dann braucht man weder ein Hellscher zu sein, noch, wie Herr Dr. Hertel, ein Jurist, um sich sagen zu müssen, daß, wenn vor dem Kriege der 10 Pfennigtarif bestand, unsere jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse es rechtfertigen, daß die Aufsichtsbehörde ihre Zustimmung dazu gibt, daß der 15 Pfennigtarif auf 20 Pfennig erhöht wird. Aus der Erkenntnis heraus, daß dies gerechtfertigt ist, haben die Mehrheitsparteien beschlossen, sich mit der Erhöhung des Tarifs auf 20 Pfennig einverstanden zu erklären, wenn bestimmte Garantien über die Verwendung des Mehrertrags gegeben werden. Ich bitte also unseren Antrag anzunehmen. Der 20 Pfennigtarif ist eine Notwendigkeit, wenn wir einigermaßen anständige Verkehrsverhältnisse in Bremen haben wollen. (Beifall.)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Es ist zunächst über den Antrag Francke abzustimmen:

Die Nationalversammlung beauftragt die Verkehrsdeputation mit den nötigen Erhebungen, in welchem Umfange eine Erhöhung der Fahrpreise bei der Bremer Straßenbahn geboten ist.

Wenn dieser Antrag angenommen wird, ist die Angelegenheit für heute erledigt. Wird der Antrag abgelehnt, so müssen wir über das Amendement Francke abstimmen,

die Worte im Antrag Fauth-Wenhold zu streichen: „unter Erweiterung der Rechte des bremischen Staates gegenüber der Bremer Straßenbahn.“

Darnach müssen wir — gleichgültig, ob dieser Antrag angenommen wird oder nicht — über den Antrag Fauth-Wenhold mit oder ohne diese Worte abstimmen.

Der Antrag Francke wird abgelehnt.

Das Amendement Francke zu dem Antrage Fauth-Wenhold wird abgelehnt.

Der Antrag Fauth-Wenhold wird unverändert angenommen.

Zur Geschäftsordnung:

Frank (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mitteilen, daß die Kriegsbeschädigten eine Kommission gewählt haben, die den Auftrag hat, hier in der Nationalversammlung persönlich die Wünsche der Kriegsbeschädigten darzulegen. (Bühmann: Bestellte Arbeit!) Ich beantrage, diese Kommission jetzt zu empfangen.

Es ist dringend geboten, das zu tun, damit die Kriegsbeschädigten, die auf dem Marktplatz versammelt sind, sofort die Kommission hierher schicken können.

Präsident: Nach § 68 unserer Geschäftsordnung, welcher folgendermaßen lautet:

„Nicht der Bürgerschaft angehörige Personen werden, mit alleiniger Ausnahme der Senatskommissare, nicht zur Teilnahme an den Verhandlungen zugelassen“, bin ich leider nicht in der Lage, dem Wunsche des Herrn Frank nachzukommen. Ich frage deshalb die Versammlung, ob sie mit mir der Meinung ist, daß ich auf Grund des § 68 die Zulassung der Kommission verweigern soll. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die mit mir dieser Meinung sind, sich zu erheben. (Die Mehrheit erhebt sich.) Ich danke sehr.

Zur Geschäftsordnung

Lindau (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Sie soeben auf Grund des papiernen Paragraphen unsern Antrag abgelehnt haben, beantrage ich:

daß sich eine Kommission aus sieben Mitgliedern des Hauses mit der Kommission der Kriegsbeschädigten ins Benehmen setzt, um deren Wünsche zur Kenntnis der Nationalversammlung zu bringen.

Präsident: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das nicht Sache der allgemeinen Versammlung ist. Aber wenn die Führer der Fraktionen sich auf diesen Weg einigen wollen, so habe ich persönlich nichts dagegen einzuwenden. Ich muß aber inzwischen in unserer Tagesordnung fortfahren.

Dr. Hertel (Chr. B.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben die Gelegenheit, die Kriegsbeschädigten irgendwie einmal zu Worte kommen zu lassen, und ich glaube, es ist unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, daß wir den Leuten, die ihre gesunden Glieder und ihre Gesundheit für uns hingegeben haben, unser Ohr leihen. Das ist Pflicht

eines jeden. Die Leute draußen verstehen es nicht, daß wir ihnen keine Gelegenheit dazu geben.

Präsident: Herr Dr. Hertel, ich habe schon hervor-gehoben, daß das Sache der Fraktionen ist. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie von sich aus eine Kommission delegieren. Aber offiziell kann ich darüber nicht ver-handeln lassen, das widerspricht unserer Geschäftsordnung.

Bögeding (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte bitten, trotzdem die Geschäfts-ordnung dem Herrn Präsidenten nicht die Möglichkeit gibt, heute diese Kommission zu empfangen. Von den Nationalversammlungsmitgliedern erwarte ich, daß sie mindestens soviel Verständnis für das Empfinden der draußen wartenden aufbringen, daß sie ihnen Gehör schenken. Ob es nun nach dem Buchstaben der Ge-schäftsordnung geschieht oder im Gegensatz zur Geschäfts-ordnung, oder ob die Nationalversammlung aus sich heraus eine Kommission wählt. Ich würde es jedenfalls für das richtigste halten, daß die Nationalversammlung hier beschließt, eine Kommission aus sich heraus zu wählen, die mit den Leuten draußen verhandelt und ihnen somit Gelegenheit gibt, der Nationalversammlung ihre Wünsche zu unterbreiten.

Präsident: Das geht nur, wenn Sie einen Dring-lichkeitsantrag stellen. Wenn Sie das nicht tun, bin ich nicht in der Lage, von mir aus in der Sache etwas zu tun. Aber ich habe nichts dagegen, daß sich die Fraktionen darüber verständigen.

Lindau (U. S.): Ich hole das Versäumte hiermit nach und stelle den Dringlichkeitsantrag auf Einsetzung einer siebengliedrigen Kommission aus allen Parteien, die sich sofort mit den Kriegs-beschädigten in Verbindung zu setzen hat.

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages stelle ich den Antrag,

die Sitzung um ein Viertelstunde zu vertagen. Ich bitte alle sozial empfindenden Mitglieder, sich darüber zu verständigen.

Fauth (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Sache kann viel einfacher gelöst werden — wir sind uns schon einig —: von jeder Fraktion zwei Herren zu wählen, die mit den Kriegsbeschädigten verhandeln.

Hagedorn (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Besondere Ereignisse erfordern besondere Maßnahmen. (Präsident: Das ist doch nicht zur Geschäftsordnung, was Sie hier reden!) Lassen Sie mich doch ausreden, Herr Präsident! Herr Fauth versucht durch seinen Antrag auf Umwegen das zu erreichen, was wir wünschen, nämlich, daß die National-versammlung aus ihrer Mitte heraus eine Kommission wählt, und daß diese als Beauftragte der National-versammlung auftritt.

Fauth (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch langes Reden wird die Sache nur verschleppt. Und wenn Herr Hagedorn sagt, wir wollten auf Umwegen etwas erreichen: ach, seien Sie doch zu-frieden, denn auf Umwegen wollen Sie doch etwas ganz anderes erreichen! Bestimmen Sie zwei Herren von jeder Fraktion, und die ganze Angelegenheit ist damit erledigt.

Karrenberg (D.): Wir haben das größte Interesse daran, daß diese Frage sachlich zur Erledigung kommt, und wir sind gern bereit, von uns aus mitzuarbeiten. Aber wenn die Herren von ganz links darauf bestehen, daß bei dieser Gelegenheit eine Neuordnung der Ge-schäftsordnung vorgenommen wird, so mache ich auf die Folgen aufmerksam. Es wäre das erste Mal, daß eine Deputation hier erscheint. Aber nun wird ver-langt, daß das Haus in der Form darauf reagiert, daß ein Ausschuß zu Verhandlungen eingesetzt wird. Das ist eine Frage, die einer genauen Untersuchung bedarf. Tun wir das, gehen wir diesmal darauf ein, so sind wir für die Zukunft verloren, wir haben dann alle Augenblicke Deputationen hier! (Sehr richtig! — Schluß-rufe.) Ich bitte Sie, davon Abstand zu nehmen.

Die Dringlichkeit des Antrages Lindau wird abgelehnt.

Präsident: Der Antrag kommt auf die Tages-ordnung der nächsten Sitzung. (Weiterkeit. Lindau: Das ist jetzt überflüssig.)

Karrenberg (D.): Wir haben soeben erklärt, daß wir durch unsere Vertreter mit der Deputation der Kriegsbeschädigten in Verbindung treten wollen. Bevor aber der Bericht unserer Vertreter hier eingelaufen ist, sind wir nicht in der Lage, hinauszutreten, um über die Sache zu verhandeln. Ich bitte Sie, auch den Eventualantrag Lindau auf Vertagung abzulehnen.

Lindau (U. S.) zur Geschäftsordnung: Herr Prä-sident! meine Damen und Herren! Denken Sie daran, daß draußen Hunderte, ja Tausende stehen. (Gelächter. Zuruf: Wer hat das gemacht? — Bestellte Arbeit!) Ich kann Ihnen mitteilen, daß ich vor einer Stunde mit den schärfsten Worten vor einer Protestaktion ge-warnt habe. (Gelächter.) Ich kann Ihnen mitteilen, daß draußen Kriegsbeschädigte stehen, Leute, denen ein Bein amputiert ist, die nicht lange stehen können. Ich kann Ihnen mitteilen, daß ich dann eine besondere Kommission beantragt habe, welche die Wünsche der Kriegsbeschädigten überbringen soll. Da muß ich darauf bestehen, daß eine Vertagung eintritt, damit mindestens unsere Fraktion in ihrer Gesamtheit den Wünschen der Kriegsbeschädigten ihr Ohr leiht.

Faust (U. S.) zur Geschäftsordnung: Es ist eben über den Antrag Lindau abgestimmt worden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der Antrag

noch gar nicht verhandelt worden ist. Herr Lindau hätte den Antrag doch erst begründen müssen.

Präsident: Es hat sich niemand zur Begründung der Dringlichkeit zum Worte gemeldet. Das ist auch nicht notwendig. (Faust: Kann denn auch ohne das abgestimmt werden?) Ja, natürlich! (Heiterkeit).

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Nr. IV der Tagesordnung:

**Fünfter Bericht der Kommission,
betr. Beamtengehälter, Teuerungszulagen,
Amtsbezeichnungen usw. (Ber. Nr. 9.)**

Senatskommissare Dr. Donandt und Dr. Spitta.

Knief (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Vorlage haben sich zwei Druckfehler eingeschlichen. Auf Seite 2 im letzten Absatz der ersten Spalte wird gesagt, daß das Reich die Kinderzulage vom 1. September 1915 ab erhöht hat; es muß natürlich 1919 heißen. In den Anträgen ist auch ein Fehler zu berichtigen.

Auf Seite 3 unter Ziffer 2 in der dritten Zeile sind die Worte „oder Verwandte“ zu streichen. In Zeile 7 ist das Wort „Angehörige“ zu streichen und dafür „von Angehörigen oder Verwandten“ zu setzen.

Meine Damen und Herren! Die Begründung der Anträge ist vollständig ausreichend im Bericht gegeben. In bezug auf die Ortsklasse A sind aus anderen Städten Beispiele angeführt. Dagegen wird kein Bedenken sein, ebenso wenig wegen der Nachzahlung der einmaligen Zulage, weil das Reich eine größere einmalige Zulage gegeben hat. Ich möchte die Damen und Herren, die sich mit Lohnfragen jemals beschäftigt haben, bitten, die verschiedenen Gehaltsätze, die im Bericht für einige Beamte angegeben sind, zu beachten, dann werden Sie finden, daß die Besoldung der Beamten in Bremen vielfach durchaus unzureichend ist, auch wenn man die einmalige Teuerungszulage in monatlichen Raten zahlt und sie zu diesen Sätzen hinzurechnet. Im übrigen hat die Kommission im wesentlichen die Reichsbestimmungen zu Grunde gelegt, nur hat sie in einigen Punkten Abweichungen vorgenommen. Die Ledigen sind etwas besser gestellt als im Reich. Ebenso haben wir die Ledigen, die nicht bei Angehörigen oder Verwandten wohnen, als verheiratet bezeichnet. Junge Leute, die bei fremden Leuten wohnen müssen, können mit dem geringen Prozentsatz der Teuerungszulage nicht auskommen. Bei den einmaligen Teuerungszulagen haben wir bei den Ledigen in Konsequenz früherer Beschlüsse eine Zwischenstufe von 450 M. gemacht. Bei den auf Privatvertrag Angestellten haben wir eine ähnliche Regelung getroffen wie früher. Ich glaube, es werden auch keine Bedenken wegen der Ruhegehaltsempfänger, Witwen und Waisen obwalten, über die die Kommission nach

Annahme des Antrages Kartmeyer noch weiter zu beraten haben wird. Ich bitte, die Kommissionsanträge mit den Abänderungen, die ich vorgeschlagen habe, anzunehmen.

Wahnschaffe (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird, nachdem sie sich von der Notwendigkeit der Zulagen, die in dem Bericht gefordert werden, überzeugt hat, den Anträgen der Kommission zustimmen, um so mehr, als früher bereits die Zusage gemacht worden ist, daß nach Regelung der Frage durch das Reich Bremen dem Beispiel des Reiches folgen werde.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Die Anträge der Kommission werden angenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

**Antrag, betr. die Arbeiten der Verfassungs-
deputation.**

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Verfassungsdeputation mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, wie weit ihre Arbeiten gediehen sind und ob sich der Zeitpunkt bestimmen läßt, bis zu dem sie beendet sein werden.

Dr. Schelb (L.-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da, wie ich höre, jetzt ein erster Entwurf einer Verfassung vorliegt, möchte ich meinem Antrage eine andere Fassung geben. Ich möchte ihn folgendermaßen fassen:

Die Nationalversammlung erwartet, daß die Verfassungsdeputation ihre Arbeiten möglichst beschleunigt, damit die Beratung der Verfassungsvorlage im Plenum in Kürze beginnen kann.

Zur Begründung des Antrages möchte ich einige Worte sagen.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, ist unsere jetzige Nationalversammlung gewählt in der Voraussicht und in der Absicht, nach Annahme einer Notverfassung und Wahl einer Regierung zunächst wieder ordnungsmäßige Zustände zu schaffen und damit die Staatsmaschine wieder in Gang zu halten. Als Hauptaufgabe war ihr zugewiesen, eine neue Verfassung baldmöglichst zu schaffen und inzwischen die laufenden Geschäfte zu erledigen, vor allem das Budget und andere dringende Angelegenheiten der Verwaltung. Es ist nun bereits ein halbes Jahr vergangen, ohne daß wir von den Arbeiten der Verfassungsdeputation, der die Ausarbeitung zugewiesen war, etwas gehört haben. Zwar kann man nicht sagen, daß die Nationalversammlung nicht fleißig gewesen sei. Sie ist in diesem halben Jahre recht

fleißig gewesen, vielleicht so fleißig, daß hier und da einem Mitgliede, das auch noch durch andere Arbeiten, etwa beruflich, in Anspruch genommen ist, die Lust vergehen möchte, weiter mitzuarbeiten. Wir haben soviel gearbeitet, soviel Anträge im Plenum, in Kommissionen und Deputationen erledigt, die Gesetzesmaschine lief, gerade wie in Weimar, so schnell, daß man manchmal erstaunt sein konnte. Aber gerade weil es sich oft um Dinge handelte, die durchaus nicht immer dringlich oder notwendig oder wichtig waren, konnte man auch erwarten, daß für die Ausarbeitung der Verfassung, die doch unsere Hauptaufgabe sein sollte, doch auch Zeit hätte sein müssen. Aber, wie gesagt, statt dessen wurden Dinge verhandelt in zahlreichen Anträgen, die durchaus nicht eilig waren, trotz Dringlichkeitsbeschlusses, oder nicht wichtig, geschweige denn notwendig waren, und was besonders hervorgehoben werden muß, es wurden Angelegenheiten verhandelt oder erledigt, die tief einschneiden oder einzuschneiden geeignet sind in unsere engeren Gesetzes- oder Kulturverhältnisse, und deren Erledigung darum gar nicht zur Kompetenz dieser Nationalversammlung gehört. Durch alle diese Dinge wurden die Arbeiten der Deputationen und Kommissionen und der Regierung unnötig belastet. Ich nenne hier nur die Anträge, welche die Sozialisierung betreffen, dann den Antrag wegen Einführung der Einheitschule und was damit zusammenhängt, ferner den Antrag wegen der Wahl der Schulleiter, wegen der Geschäftszeit der Ladengeschäfte; weiter die zahlreichen, in immer neuer Folge auftretenden Anträge wegen Geldebewilligungen, Zulagen und Entschädigungen usw., mit denen wir so großzügig verfahren sind, und die, soweit sie berechtigt waren, oft durch Zusammenlegen einfacher und schneller hätten erledigt werden können. Ferner nenne ich hier die zahlreichen, über 70 Dringlichkeitsanträge, die uns sehr viel Zeit weggenommen haben. Insbesondere gehören hierher die endlosen und unfruchtbaren Debatten wegen des Belagerungszustandes, die nichts weiter als eine fruchtlose Zeitvergeudung gewesen sind; auch der in allerletzter Zeit behandelte Fall Vollmann gehört hierher.

Also die Nationalversammlung ist fleißig gewesen, das Zeugnis kann man ihr ausstellen. Aber es gibt

wohl auch einen Grund hierfür, der nicht in dem reinen Arbeitsbedürfnis der Versammlung liegt, sondern, nach meiner Ansicht, zum großen Teil in einem gewissen Agitationsbedürfnis der linken Seite des Hauses, in dem Bedürfnis, für ihre Anschauungen Propaganda zu machen und die Erfolge der Revolution zu sichern, oder wie man sich auch gern ausdrückt, die Revolution zu vertiefen. Aber da kann mir eingewandt werden: Wir sind ja souverän, wir können beraten und beschließen und einführen, was wir wollen, soweit es nicht mit dem Interesse des Hauses kollidiert. Ja formell wohl, aber meiner Ansicht nach sachlich und moralisch nicht. Da bin ich doch der Ansicht, daß wir uns auf die Dinge beschränken, die notwendig sind, und die zu unseren wirklichen Aufgaben gehören, und daß wir nicht so ostentativ und uferlos arbeiten, wie es hier geschehen ist. Ueberlassen wir die anderen Arbeiten lieber unserer Nachfolgerin, die vielleicht, schon weil sie geringer an Zahl sein wird, besser hierfür befähigt sein wird als wir. Da nun, wie ich anfangs schon sagte, ein Entwurf vorliegt und damit ein Anfang gemacht ist, ist ein Bericht der Deputation ja nicht mehr erforderlich, und wir wollen der Deputation daher auch unnötige Arbeit ersparen. Aber das wünschen wir doch alle, daß die weiteren Arbeiten möglichst beschleunigt werden, damit wir möglichst bald zu einer definitiven Verfassung kommen. Deshalb habe ich meinen Antrag in der vorhin erwähnten Weise abgeändert und ich bitte Sie daher, demselben in der Form, wie ich ihn jetzt vorgelegt habe, zuzustimmen, damit wir bald in die Lage kommen, in die Beratung der Verfassung einzutreten.

Zur Geschäftsordnung

Vlaſe (M.-S.): Ich zweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses an.

Das Büro stellt die Zahl der Anwesenden fest.

Präsident: Es sind nur noch 62 Abgeordnete anwesend. Ich schließe die Sitzung.

Schluß 7 Uhr 40 Minuten.